Breslau, Sonnabend, 2. Juli 1932
Nr. 145. Jahrg. 1932

Preis 10 Pf.
Reichsausgabe

SAZ
Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

SAZ wieder auf dem Plan

Wir sind wieder da!

Und jetzt in Breslau!

Wir sind wieder da! In der kurzen Zeit unseres und seines Bestehens hat uns der Papensche Junkerklub bereits zum zweitenmal mit einem Verbot heimgesucht. Wurde beim erstenmal als Verbotsgrund eine bewußte Verächtlichmachung der Präsidialregierung angeführt, so verschanzte sich die Reichsregierung diesesmal hinter den breiten Rücken desselben Mannes, der sie über den Kopf des Reichstags hinweg ins Leben gerufen hat. Wir werden hierüber mit den Verantwortlichen des Papen-Kabinetts nicht rechten. Wir begreifen das Verbot so, wie es gedacht war: als die Unterdrückung einer oben mißliebigen Kritik. Die Verbote trafen uns, weil wir ausgesprochen haben, was ist und weil den Papen und Schleicher heute nichts unangenehmer sein kann als die blanke und nackte Wahrheit. Eben darum werden wir aber auch nicht aufhören, als Künder der Wahrheit aufzutreten und allen behördlichen Schikanen zum Trotz auf dem Platze stehen bleiben, auf den uns die Geschichte gestellt hat.

Mit diesem Platz hat es nun eine eigenartige Bewandtnis. Obwohl klein an Zahl, ist die SAP heute die einzige Partei in Deutschland die einen wirklichen Einfluß auf die Meinungsbildung der Massen ausübt. Sie hat als erste und einzige aller proletarischen Parteien die Entwicklung vorausgesagt, die durch die Entstehung des Junker-Kabinetts und die von ihm sofort verfügte Aufhebung des SA-Verbots jetzt allen sichtbar geworden ist, sie hat der SPD schon zu einem frühen Zeitpunkt — bereits als Opposition innerhalb der Sozialdemokratie — nachgewiesen, daß ihr Kurs der Koalierung und Tolerierung die faschistischen Mächte nicht banne, dafür aber die Arbeiterschaft unheilvoll schwäche, sie hat der KPD klargemacht, wie sehr ihre Politik diese Schwächung fördere und letzten Endes zu ihrem eigenen Verhängnis und zu dem der Gesamtarbeiterschaft ausschlagen müsse. Und die SAP hat ferner erklärt, daß nur die Zusammenschweißung aller Arbeiterorganisationen zu einem gemeinsamen Kampfblock der faschistischen Flut wehren und die Arbeiterbewegung vor ihrer Zertrümmerung bewahren kann.

Alle diese Voraussagen sind rascher und gründlicher in Erfüllung gegangen, als die meisten von uns selbst anzunehmen gewagt haben. Nichts kennzeichnet den gegenwärtigen Zustand besser, als daß Deutschland heute eine Reichsregierung besitzt, die sich vermessen darf, ein Verbot des „Vorwärts" zu fordern, ohne Gefahr zu laufen, von einer Woge der Empörung hinweggespült zu werden, nichts aber auch besser, als daß jetzt auch die KPD von ihrem stolzen Roß herabzusteigen gezwungen ist und daß auf der andern Seite die SPD sich veranlaßt sieht, einen wahren SOS-Ruf an ihre Bezirke ergehen zu lassen, um die Mitglieder noch an die Kandare des Partei-Apparats zu fesseln. Denn überall ist unser Ruf nach der Schaffung einer proletarischen Einheitsfront auf fruchtbares Erdreich gefallen. In allen Teilen des Reiches knüpfen sich unter der Arbeiterschaft aller politischen Richtungen die ersten Bande und kommen die trennenden Parteimauern ins Wanken.

Dieses Wirken — und nur es — hat der SAZ die über sie verhängten zweimaligen Verbote eingebracht. Denn nichts hat dieses Papen-Kabinett, haben die Faschisten mehr zu fürchten, als die von uns der Arbeiterklasse gegebene Losung, da dieser ganze Spuk mit dem Tag vergehen würde, an dem die von uns geforderte Einheitsfront nicht mehr nur örtlich, sondern im ganzen Reichsmaßstab zustande käme. Das wissen die Papen und Schleicher, und das wissen mit ihnen die Schlotbarone und Krautjunker, die zum Schutze ihres Eigentums die Hitlersche Söldnerarmee ins Leben gerufen haben und deren Exekutive es neue Reichskabinett bildet. So sind die Verbote ein Beweis dafür, daß die SAP auf dem rechten Wege und diejenige Partei ist, die nicht nur klar die Aufgabe erkennt, vor die heute die Arbeiterschaft gestellt ist, sondern auch die notwendige Unabhängigkeit und Freiheit besitzt, sich für deren Erfüllung einzusetzen.

Das zweite Verbot der SAZ hat die Partei zu einer Maßnahme bestimmt, die — dessen sind wir gewiß — besonders von der Breslauer Arbeiterschaft aufs freudigste begrüßt werden wird. Die SAZ hat den Sitz von Berlin nach Breslau verlegt und wird nun von hier aus ihre Arbeit fortsetzen. Die SAZ sucht damit einen Boden auf, der für die SAP historisch ist. Hier in Breslau ist zuerst das Banner der neuen Partei entrollt worden und hier vor allem liegt noch heute noch die besondere Quelle ihrer Kraft. Der Sinn der Verlegung ist ein doppelter. Einmal bezweckt sie, diesen Kraftquell besser nutzbar zu machen und zum andern ihn selber zu stärken. Wir haben die Zuversicht, daß dies gelingt, wir vertrauen, daß die Breslauer Genossen mit noch größerem Elan als bisher die Fahne der SAP hochtragen und wie für die Partei so auch für die jetzt von ihnen in Obhut genommene SAZ mit verstärktem Eifer werben werden, angefeuert von der klaren Erkenntnis der großen historischen Mission, die die SAP zum Wohle der gesamten Arbeiterklasse zu erfüllen hat und von der sie weder Zeitungsverbote noch sonstige Anfechtungen entbinden.

Wir sind wieder da! Wir heben wieder unsere Stimme und werden sie lauter als bisher rufen:

Her mit dem Block der Arbeiterorganisationen!

Durch die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats zum Sieg!

Es lebe der Sozialismus!

Noch ist es nicht zu spät — —

Von
Max Seydewitz

Die Situation für die Arbeiterklasse wird mit jedem Tage kritischer. Mit jedem Tage wird die Sprache der Nazi-Führer kühner und frivoler und der Terror von Hitlers Bürgerkriegs-Armee offener und brutaler. Symbolisch für den gegenwärtigen bedrohlichen Zustand ist der Sturm der Nazis auf das „Vorwärts"-Gebäude in Berlin. Symbolisch aber auch für das Versagen der Parteileitungen von SPD und KPD ist der im Anschluß an den Nazisturm auf den „Vorwärts" entstandene Flugblatt-Streit zwischen den beiden. Während bei den Arbeitern ohne Unterschied der Partei immer stärker sich die Ueberzeugung durchsetzt, daß gegen die faschistische Gefahr die gemeinsame Abwehr der gesamten Arbeiterklasse nötig ist, streiten die Parteileitungen sich darum, wessen Aufgabe die Abwehr von Nazi-Angriffen gegen Arbeitereigentum sei, wessen Krieg das Abschlagen des Nazi-Sturmes auf den „Vorwärts" sei. Beide Parteileitungen gehen bei diesen Auseinandersetzungen immer noch von der falschen und sehr gefährlichen Auffassung aus, daß die Abwehr der mehr als akuten faschistischen Gefahr eine Sache der Partei sei, beide wollen noch immer nicht begreifen, daß es sich bei diesem Abwehrkampf um eine gemeinsame Sache der ganzen Arbeiterklasse handelt.

★

Die Aufgabe der Parteileitung jeder proletarischen Partei in dieser Stunde ist, alles zu tun, um die Proletarier aus den verschiedensten Parteilagern zu der Abwehrfront zusammenzuführen, alles zu tun, um das gegenseitige Mißtrauen abzubauen. Statt dessen bemühen sich die Parteileitungen gerade in diesen Tagen sehr eifrig, dem Zusammenkommen der Proletarier neue Hindernisse zu bereiten. Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht ein an seine Bezirksleitungen verschicktes Rundschreiben, in dem angesichts der von unten her immer stärker werdenden Einheitsfrontbewegung sehr scharf gegen die Einheitsfront von der SPD bis zur KPD Stellung genommen wird. Diese in dieser für die ganze Arbeiterklasse überaus gefährlichen Situation unverständliche Stellungnahme wird damit begründet, daß die Einheitsfrontbemühungen der KPD nicht ehrlich seien und zum Ziel die Zerschlagung der SPD haben. Es ist sehr betrüblich, daß das Verhalten der Zentrale der KPD diesen Behauptungen des Parteivorstandes der SPD einen Schein von Berechtigung gibt und daß die KPD sich nicht bemüht, diese Behauptung vor den SPD-Arbeitern durch ehrliche Einheitsfrontaktionen, durch die überzeugende praktische Arbeit zu widerlegen. Dadurch aber wird die Schuld des sozialdemokratischen Parteivorstandes nicht geringer; er könnte durch sein ehrliches Eintreten für

Severing gegen Gayl

Das vom Reichsinnenminister Gayl verlangte 5tägige Verbot des „Vorwärts" sowie der katholischen „Kölnischen Volkszeitung", mit dessen Durchführung — Ironie der Geschichte! — der Sozialdemokrat Severing in seiner Eigenschaft als geschäftsführender preußischer Innenminister beauftragt worden ist — wir berichten darüber an anderer Stelle —, hat nun Severing selbst auf den Plan gerufen. In einem umfangreichen Schreiben an den Reichsinnenminister weist er die Rechtswidrigkeit der geforderten Zeitungsverbote nach, wobei er sich mit gleicher Energie sowohl für den „Vorwärts" als auch für das Kölner Zentrumsorgan einsetzt. Mit besonderer Entschiedenheit verwahrt sich Severing dagegen, daß der „Vorwärts" irgendwelche Auslassungen gebracht habe, die geeignet wären, die Reichsregierung mit einem „sittlichen Makel" zu behalten und „sie als der Achtung der Volksgenossen unwürdig erscheinen zu lassen". In der gleichen Weise hat übrigens auch der „Vorwärts" selber argumentiert. Offenbar ist die SPD noch immer der Meinung, als ob es bei den Entscheidungen des Papen-Regimes auf Recht oder Unrecht, Billigkeit oder Unbilligkeit und nicht allein auf die brutale und skrupellose Ausübung einer Klassengewalt ankäme.

Neuer Schlag gegen Gewerkschaften

Nach Erscheinen der ersten Papenschen Notverordnung ging man sofort an die Auslegung der Texte und entdeckte hierbei auch u. a. die von den Verfassern der Notverordnung offenbar ganz bewußt und absichtlich offengehaltene Möglichkeit, bei Berechnung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung auch die Unterstützung in Abzug zu bringen, die Arbeitslose seitens der Gewerkschaft erhalten. Das scheint nun auch eine begründete Furcht der Gewerkschaften geworden zu sein, denn nicht anders ist es zu verstehen, daß sich deren Spitzenverbände aller Richtungen in dem Schreiben an den Reichsarbeitsminister gewendet und um Klarstellung dieser Frage gebeten haben. In der Eingabe wird Verwahrung gegen derartige Gelüste eingelegt und für diesen Fall mit der Einstellung aller gewerkschaftlichen Leistungen gedroht.

Die Gewerkschaftsgenossen werden die in diesem Schreiben ausgesprochene Möglichkeit mit einiger Verwunderung vernehmen. Sie haben durch ihre Beiträge gegenüber den Gewerkschaften gewisse Ansprüche erworben, und wenn sie nun durch einen Raubzug der Regierung um diese gebracht werden sollen, so ist es in erster Linie Aufgabe der Gewerkschaften, den Kampf gegen diese Regierung und damit auch für die Erhaltung der Unterstützungen zu führen und nicht einfach schon im ersten Augenblick zu kapitulieren. Zwar wäre ein derartiger Entschluß aus der augenblicklichen Kassenlage der Gewerkschaften begreiflich, aber man wird sich doch wohl im klaren sein, daß die Gewerkschaftsgenossen andere Schlußfolgerungen ziehen. Uebrigens will es uns scheinen, als ob die Regierung Papen mit vollem Bedacht zu einer solchen Maßnahme greift, da sie ganz genau erkennt, daß von dieser Seite aus den Gewerkschaften ein Schlag versetzt werden kann, von dem sie sich so leicht nicht mehr erholen dürften. Nicht Kapitulation, sondern Kampf ist auch hier die Losung.

„Juden 'raus!"

Neue Krawalle an der Berliner Universität

Die Berliner Universität war gestern der Schauplatz neuer Krawalle, die nachweislich von den Nationalsozialisten systematisch provoziert worden sind. Als der Rektor der Universität die Studenten aufforderte, sich wieder in die Hörsäle zu begeben, stimmten die nationalsozialistischen Studenten Lieder an und riefen im Sprechchor:

„Juden raus"!

Damit war das Stichwort für die ganze von den Nationalsozialisten begonnene Aktion gefallen, denn während nach den Vorfällen die gesamte linksstehende Studentenschaft, gleichgültig ob Kommunisten, SPD, SAP oder Demokraten, die Erklärung abgab, daß sie den Weisungen des Rektors sich bedingungslos unterwerfen würde, wurde von den Vertretern der nationalsozialistischen Studentenschaft eine derartige Erklärung verweigert. Ausdrücklich verlangten sie vielmehr als Bedingung, daß die jüdischen Studenten aus der Berliner Universität verschwinden. Seitens des Rektors wurde die Annahme dieser Forderung abgelehnt und daraufhin die Universität zunächst für einen Tag geschlossen. Sollten die Nationalsozialisten ihre Erklärung nicht revidieren, so besteht die Möglichkeit, daß die Universität während des gesamten Semesters geschlossen wird.

Man würde auch diese Aktion der Nationalsozialisten in ihrer Bedeutung sehr unterschätzen, wenn man sie isoliert betrachten wollte. Es steht vielmehr außer Zweifel, daß sie nur das Glied eines Gesamtplanes ihrer neu gesteigerten Aktivität darstellt.

Jeder Genosse, jede Genossin!

Wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

die Klassenfront im Handumdrehen alle unehrlichen Einheitsfrontmanöver der KPD-Zentrale zuschanden machen — wenn er ohne Rücksicht auf seine Bündnisse mit bürgerlichen Parteien bereit wäre zur Bildung der proletarischen Klassenfront, bereit zum Klassenkampf gegen die faschistische und kapitalistische Gefahr, bereit wäre, auf alle Konsequenzen hin den Kampf zu wagen um den proletarischen Ausweg aus der Krise.

Das aber ist die Ursache für das Auftreten des sozialdemokratischen Parteivorstandes gegen die proletarische Klassenfront: Die SPD-Führung fürchtet vom Zusammengehen mit den Kommunisten Störung des Verhältnisses mit dem Zentrum und der Staatspartei, mit denen nach den verschiedensten Meldungen die SPD bei dem bevorstehenden Wahlkampf Einheitsfront bilden will. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die mindestens nach den preußischen Landtagswahlen erkennen mußten, daß in der Stunde der Gefahr Ministerposten und Bündnisse mit bürgerlichen Parteien keine Machtpositionen für die Arbeiterklasse sind, sollen in dem Bestreben der Parteileitung, noch weiter dem Kampf auszuweichen, mit neuen Illusionen gefüttert werden. Die Parteileitung der SPD ist trotz all der Enttäuschungen der letzten Monate scheinbar noch immer des Glaubens, daß in dieser gefährlichen Situation ein Bündnis mit dem Zentrum und mit der bayrischen Regierung der Arbeiterbewegung größere Kraft gegen den Faschismus gibt als die Klassenfront des Proletariats. Weil aber dieses sehr zweifelhafte Bündnis mit dem Zentrum und mit Bayern nur durch Preisgabe des Zusammengehens mit den Kommunisten, nur durch Preisgabe der proletarischen Klassenfront zu haben ist, darum wehrt sich die Parteileitung der SPD gegen den Kampfblock der Arbeiterorganisationen und gegen das auch von sozialdemokratischen Arbeitern immer stärker kommende Drängen für ein Zusammengehen aller Proletarier von der SPD bis zur KPD.

In der Stunde der höchsten Gefahr klammert sich die Parteileitung der SPD immer noch an die alten gefährlichen Illusionen, die den Niedergang der Arbeiterbewegung in Deutschland und den Vormarsch des Faschismus verschuldet haben. Der nur aus besonderen taktischen Gründen noch vorhandene Gegensatz zwischen Zentrum und Nazis ist eine sehr unzuverlässige Plattform für den Abwehrkampf der Arbeiterklasse, und mancherlei Anzeichen sprechen dafür, daß nach den Wahlen der taktische Gegensatz zwischen Zentrum und Nazis überwunden wird und die Arbeiterklasse dann in einer noch ungünstigeren Situation zum Kampf gezwungen wird. Die Hoffnung auf den bayrischen Widerstand gegen die Naziregierung ist noch illusionärer; hinter dem vorläufigen bayrischen Widerstand stehen nicht fortschrittliche Tendenzen, sondern der Kronprinz Rupprecht und die ganz besondere, neu aufpolierte bayrische Monarchie.

Schlechte Bundesgenossen, die im entscheidenden Kampf der Arbeiterklasse um ihre Lebensrechte nicht auf der Seite der Arbeiterbewegung, sondern gegen die Proletarier stehen werden. Gegen die sozialdemokratischen Proletarier nicht weniger rücksichtslos als gegen die SAP- und gegen die KPD-Arbeiter. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen mit verstärkter Kraft in ihrer Organisation drängen: Es darf nicht länger mehr um des Linsengerichts illusionärer Bündnisse mit bürgerlichen Gruppen willen die **proletarische Klassenfront gehindert werden, die in der Stunde der Gefahr die einzige zuverlässige Abwehrkraft der Arbeiterklasse sein wird.** Die Führer der Faschisten drohen heute schon ganz offen. Die Faschisten werden, zur Macht gekommen, ihre Drohungen wahrmachen. Ihr Terror wird alle Proletarier ohne Unterschied der Partei treffen. **Alle gemeinsam Bedrohten müssen sich zur gemeinsamen Abwehrfront zusammenschließen.** Aber sofort, ehe es zu spät ist. Noch ist es nicht zu spät, morgen aber kann es schon zu spät sein.

Darum verstärkter Einsatz für die Durchsetzung der Parole der SAP: Bildung des Kampfblocks der Arbeiterorganisationen. Die unermüdliche Arbeit der Sozialistischen Arbeiterpartei für die proletarische Klassenfront bringt die ersten erfreulichen Früchte. Täglich mehren sich die Nachrichten aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands, daß sich die Proletarier zur gemeinsamen Aktion zusammenfinden, daß trotz aller noch vorhandenen und gemachten Widerstände der Bann gebrochen ist.

An dem Tage, wo die Gegner der Arbeiterklasse melden müssen: **„SPD, SAP und KPD marschieren vereint!“**, wird die Arbeiterklasse nach vielen Niederlagen wieder die erste Schlacht gewonnen haben.

Ds zweite Verbot der SAZ

Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ ist zum zweiten Male verboten worden. Die Begründung des Verbots führt folgende Sätze als Beweis dafür an, daß „der Herr Reichspräsident beschimpft und böswillig verächtlich gemacht wurde“:

In der Nummern 24. Juni schrieb die „SAZ“: „Knapp drei Wochen Regierungskunst der von Hindenburger Verfassungsbruch eingesetzten Papenstaatsregierung“ .... „Der katholische Junker, den der Präsident von Hindenburg in offenbarer Verletzung des Wortlautes des Verfassungsartikels 54 ... zur Führung der Regierungsgeschäfte berufen hat ...“

Und in der Nummer 143 vom 25. Juni heißt es: „... Aber nach der Wahl bestimmen die Interessen der Großgrundbesitzer und die Belange seines Neudeckgutes, das trojanische Pferd der Junker, das Handeln: Arbeiter tragen ja nur Schwerter und kein Portepee“.

Diese Sätze sollen so eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung des Reichspräsidenten darstellen, darum wurde die „SAZ“ auf fünf Tage verboten. Das Verbot trägt die Unterschrift des Berliner Polizeipräsidenten und Sozialdemokraten Grzesinski.

Jeder unvoreingenommene Leser wird zugeben, daß eine Untersuchung der Verfassungsmäßigkeit irgendwelcher Handlungen des Staatsoberhauptes oder Behörden notwendig und verfassungsmäßig ist. Die „SAZ“ war die einzige Zeitung, die sich dieser Aufgabe unterzog, nachdem alle anderen Zeitungen, einschließlich derjenigen, die die Weimarer Verfassung ärmsten nicht hoch genug zu preisen wußten, dieses heiße Eisen nicht anzufassen wagten.

Man kann die Ergebnisse einer solchen Ueberprüfung für richtig oder richtig halten. Inwiefern sie beleidigend sein sollen, bleibt unerfindlich. Schließlich ist ja jede Revolution — wenn sie glückt — verfassungsändernd und gemessen an der Verfassung des alten Kaiserreiches würde selbst der Berliner Polizeipräsident schlecht abschneiden; wenigstens behaupten das diejenigen, die Verteidiger jener Verfassung auch heute noch sind und jene, welche die Verfassung des dritten Reiches zur Aburteilung der Novemberlinge erst einführen wollen.

Genau so wenig stichhaltig erscheint uns die Verbotsbegründung mit jenem Satz, der von den Interessen der Großgrundbesitzer spricht. Wenn der Berliner Polizeipräsident in den letzten Wochen Zeitung gelesen hat, so wird er erfahren haben, daß die Interessen der Großgrundbesitzer immerhin eine entscheidende Rolle bei der Bildung der Regierung Papens gespielt haben; und wenn er es noch nicht weiß, so hätte er es durch eine Anfrage in der Redaktion eines Parteiblattes, des „Vorwärts“ sogar erfahren können.

Und die „Belange des Neudecker Gutes“? Vor dem Kriege — im Obrigkeitsstaate also, Herr Polizeipräsident! — ist einmal eine ähnliche Behauptung aufgestellt worden und trotzdem keine Beleidigung und böswillige Verächtlichmachung des Staatsoberhauptes darin gesehen worden: Damals wurde vor den Vertretern der Provinz Ostpreußen (am 6. 11. 1894) gesagt:

„Meine Herren, was sie bedrückt, das empfinde auch ich, denn ich bin der größte Großgrundbesitzer in unserem Staate, und ich weiß, daß wir durch schwere Zeiten gehen. Täglich ist mein Sinnen darauf gerichtet, Ihnen zu helfen, aber Sie müssen mich dabei unterstützen, nicht durch Lärm, nicht durch Mittel der von Ihnen mit Recht so oft bekämpften gewerbsmäßigen Oppositionsparteien, nein, in vertrauensvoller Aussprache mit Ihrem Souverän. An Sie, meine Herren, ergeht mein Ruf, — weil Königtum und Junkertum dieselben politisch-moralischen und wirtschaftlich-sozialen Interessen haben, also auch denselben Kampf und dasselbe Ziel haben!“

Hier wird also glattweg erklärt, daß das Staatsoberhaupt und die Junker dieselben wirtschaftlichen Interessen haben. Aber kein Polizeipräsident schnappte den Missetäter: derjenige, der dies behauptete, war nämlich nicht nur der größte Großgrundbesitzer, sondern zugleich der Monarch, war Wilhelm der Zweite, der in der Geschichte mit dem ehrenden Beinamen: „Der Ausgerissene“ eingegangen ist.

Freilich, wenn der Arbeiter Grzesinski diese Behauptung aufgestellt hätte, der Polizeipräsident von Jagow hätte ihn schleunigst am Wickel gehabt. Seither hat sich mancherlei geändert. Insbesondere sitzt der Sozialdemokrat Grzesinski auf dem Sessel Jagows. Aber das scheint auch die einzige Veränderung von Bedeutung zu sein.

Die Freigebigkeit, mit der der sozialdemokratische Polizeipräsident seine Verbotsgaben verteilt, die musterhafte Beamtenobjektivität, die dem Verbot des Nazi-„Angriff“ sofort auch das Verbot der „SAZ“ hinterherschickte, veranlassen den Verlag und den Vorstand der SAP, die Redaktion und den Druck der „SAZ“ aus Berlin heraus nach Breslau zu verlegen. Was in der Riesenstadt Berlin allzuleicht untergeht, wird in Breslau von der Arbeiterschaft deutlicher erfaßt und beantwortet werden. Die Breslauer Arbeiter werden die „SAZ“ jetzt selbst überwachen; der Maßstab für ihre Beurteilung des Blattes wird freilich ein anderer sein, als der, den der Vertreter der Sozialdemokratie im Staatsamt anzulegen pflegt.

Reichsregierung fordert Verbot des „Vorwärts“

Während Herr Goebbels im Berliner Sportpalast ankündigen darf:

„Wir werden eine Rache nehmen, wie sie in der Weltgeschichte noch in keinem Lande erlebt ist. Wir verlangen keinen Pardon, weil wir auch keinen Pardon geben. Die Männer des Systems haben so viel Unheil angerichtet, daß wir auf das Strafgericht nicht verzichten und sie hochhängen werden.“

Während also Herr Goebbels offen zu Mord und Bürgerkrieg aufrufen darf, ist die Reichsregierung peinlich bemüht, in der Linkspresse jede freie Meinungsäußerung zu unterdrücken.

Die „BZ. am Mittag“ ist mit einer „Auflage“ beglückt worden, d. h. mit dem Zwang, ein Dementi der Reichsregierung zu veröffentlichen. Dabei handelt es sich um den Bericht einer Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held, den dieser selbst zu berichtigen keinen Anlaß fand.

Im „Vorwärts“ gefiel der Reichsregierung nicht eine Karikatur, die die neuen Uniformen der SA und die Rentenkürzung in einen inneren Zusammenhang brachte. Strafe: Auflage.

Das Kölner Zentrumsblatt hatte den Reichskanzler wegen eines Interviews mit dem Vertreter des „Matin“ in Paris scharf angegriffen. Die Reichsregierung verlangt das Verbot des Blattes.

Jetzt schlägt auch die Verbotspraxis der sozialdemokratischen Staatsfunktionäre auch gegen die Sozialdemokratie selbst aus. Die Reichsregierung verlangt ein Verbot des „Vorwärts“, der wie im Bild, so auch im Text die neuen braunen Uniformen mit den Kürzungen der Renten und Unterstützungen in Verbindung bringt.

Die preußische Regierung wird dem Wunsche der Reichsregierung nicht nachkommen. Das Reichsgericht wird dann zu entscheiden haben. So wie es zusammengesetzt ist, müßte eine Ablehnung der Forderung der Reichsregierung geradezu ein Wunder oder ein Zufall sein. Dann wird der sozialdemokratische Innenminister Preußens seine „Pflicht“ tun müssen: Er muß den „Vorwärts“ verbieten.

Gibt es einen krasseren Beweis gegen die verhängnisvolle Tolerierungspolitik, gegen die Politik der SPD überhaupt? Sie haben geglaubt, mit dem Verzicht auf den Klassenkampf billiger wegzukommen; jetzt sind sie Gefangene ihrer eigenen Politik.

Gibt es einen einleuchtenderen Beweis dafür, daß es nur noch eine Politik der Rettung für die Arbeiterklasse gibt, die Politik des Arbeiterblockes?

Nicht die „preußische Machtposition“, nur noch die Aktion der Arbeiterklasse kann uns retten.

Ausnahmerecht für die Nazi

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Reichsinnenminister und den Länderregierungen liegt in der „zweiten Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen“ vom 28. Juni vor. Richtiger würde ihr Titel „für politische Ausschreitungen der Nationalsozialisten“ lauten. Die Opposition der süddeutschen Länder war von dem Augenblick an zum Scheitern verurteilt, in dem der preußische Innenminister vor Herrn von Gayl kapituliert hat. Seinem Nachgeben gegenüber den Forderungen Hitlers stand nichts mehr im Wege.

Die neue Notverordnung setzt die unumschränkte Macht des Reichsinnenministers fest.

Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, können von den Landesbehörden nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile und in Einzelfällen verboten werden. Das Uniformverbot tritt außer Kraft. Verbote können von Landesbehörden im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr erlassen werden.

Alle von Landesbehörden erlassenen Verbote kann der Reichsinnenminister aufheben.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden.

Zuständig sind soweit die oberen Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

Gleichzeitig wird eine Verordnung des Reichsinnenministers über Versammlungen und Aufzüge verkündet. Sie bestimmt:

§ 1.

(1) Oeffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

(2) Sie können im Einzelfalle verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbotes kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

(3) Oeffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

(4) Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten Züge von Hochzeitsgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten.

(5) Eine Anordnung nach Abs. 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden.

§ 2.

(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe anerkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;
2. wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

§ 3.

Mit Geldstrafe zu einhundertfünfzig Reichsmark wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Abs. 3) nicht sofort entfernt.

Lausanner festgefahren

Das endgültige Schicksal der Lausanner Konferenz ist im Augenblick noch unentschieden. Nach dem vom deutschen Reichskanzler überreichten Memorandum sieht es allerdings kaum so aus, als ob eine befriedigende Lösung gefunden werden kann. Die Darstellung der französischen Presse über die Verhandlungen wird dementiert, und zum Ausdruck gebracht, daß es unumgänglich sei, mit dem System der Reparationen Schluß zu machen. Zu einer wie immer gearteten Schlußzahlung sei Deutschland nicht imstande. Aber schon der nächste Satz sagt, das „Vertrauen der Welt könne nur wiederhergestellt werden, **wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination durch den Versailler Vertrag zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt würde, dann würde der Reichskanzler es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrags zahle.“**

Im ersten Satz also: Deutschland kann nicht zahlen. Im zweiten Satz: Deutschland kann zahlen unter bestimmten politischen Bedingungen. Also: keine wirtschaftliche, sondern eine politische Entscheidung. Die Bedingungen, Gleichberechtigung, bedeuten praktisch nichts anderes als die Aufhebung der Rüstungsbeschränkungen. Das Echo, das das Memorandum in der deutschen Rechtspresse findet, beweist das zur Genüge.

Tumult im Stadtparlament

Bericht über die Montag- und Donnerstagsitzung — Ausnahmezustand — SAP gegen Zwangskurse — Nazi macht Lichtbild für Femeliste — Wichtige Anträge der SAP — Genosse Kirstein entlarvt die NSDAP

Das Barometer steht auf Sturm. Der faschistische Terror hat die Abwehrkraft des Proletariats geweckt. Wir leben im Bürgerkrieg. Wir erleben die ersten Vorpostengefechte des Bürgerkriegs. Die Vorgänge, die sich im Breslauer Stadtparlament abspielten, sind daher nur ein Ausschnitt aus dem Gesamtbild der heutigen Situation. Aber sie wirken alarmierend.

Gleich zu Beginn der Sitzung gab es eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Stadtverordnetenvorsteher Friedrich hatte sich angemaßt, die persönliche Freiheit der Stadtverordneten einschneidend zu beschränken. Er verkündete, daß jeder Stadtverordnete, sofern ihn Angehörige oder andere Personen während der Sitzung in dringlichen Angelegenheiten zu sprechen wünschten, den Besucher bei ihm anzumelden habe. Die Entscheidung über die Vorlassung liege bei ihm. Gegen diese Anmaßung erhoben unsere Genossen Rausch, Kirstein und Stope schärfsten Protest. Sie erklärten das Vergehen des Stadtverordnetenvorstehers als einen unerhörten

Ausnahmezustand,

der der persönlichen Willkür des Vorstehers Tür und Tor öffne und es unmöglich mache, dringende Beschwerden der Arbeiterschaft im Verlauf der Sitzung entgegenzunehmen.

Die SAP-Fraktion unternahm sodann einen energischen Vorstoß

gegen Pflichtarbeit und Zwangskurse.

Genosse Klose forderte unter ausführlicher Begründung, den Zwang zur Teilnahme jugendlicher Erwerbsloser an den vom Arbeitsamt eingerichteten Kursen zu beseitigen und die Zahlung der diesen Jugendlichen rechtlich zustehenden Unterstützungssätze nicht von der Teilnahme an diesen Kursen abhängig zu machen. Er forderte ferner, die an den Kursen teilnehmenden Jugendlichen angemessen zu bezahlen und den Jugendlichen durch Bildung von Schülerausschüssen bei der Ausgestaltung der Kurse und der Auswahl der Lehrer ein Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Die Pflichtarbeit wurde von ihm als verschleierter Arbeitsdienst gebrandmarkt. Auf die Erwiderung des Magistratsvertreters, der die Möglichkeit der Einflußnahme auf das Arbeitsamt bestritt, verwies Genosse Pietsch darauf, daß der Magisrat durch seine Vertreter in den Arbeitsämtern sehr wohl einen indirekten Einfluß auszuüben vermöge. Es handle sich bei diesen Jungerwerbslosen um ausgelernte, vollwertige Arbeitskräfte, die einen Anspruch auf vollwertige Bezahlung hätten. Geradezu ein Hohn war die ablehnende Haltung der Bourgeoisie gegen das Mitbestimmungsrecht der Jugendlichen bei der Ausgestaltung des Lehrplans und der Auswahl der Lehrer. Dazu muß man wissen, welche Freiheiten die Bourgeoisie gerade in dieser Hinsicht den gleichaltrigen akademischen Studierenden gewährt. Genosse Pietsch verwies denn auch auf den schreienden Widerspruch, der darin liegt, daß die heutige Gesellschaft einerseits das wichtigste politische Recht, das Wahlrecht den Jugendlichen zugesteht, das Mitbestimmungsrecht in ihren eigenen Angelegenheiten aebr verwehrt. Es ist bezeichnend, daß auch der Stadtverordnete Nitschke, SPD, gegen die Schülerausschüsse sprach, und so wurden unsere Anträge mit den Stimmen der SPD und der Bourgeoisie abgelehnt. Angenommen wurde lediglich ein Antrag, den Kursusteilnehmern ein warmes Mittagbrot zu gewähren.

Was sich nun abspielte, bedeutete eine unverschämte Provokation der Breslauer Arbeiterschaft. Stadtverordneter Brodde, KPD, brachte einen von der SAP unterstützten Dringlichkeitsantrag gegen den Terror und das Mordbanditentum der SA und verlangte, daß faschistischen Organisationen keinerlei städtische Lokale, Gebäude und Plätze mehr zur Verfügung gestellt und Vereinbarungen dieser Art sofort aufgehoben würden. Als Stadtverordneter Brodde seinen Antrag begründete, zog plötzlich der Berichterstatter Brendel von der nationalsozialistischen „Schlesischen Tageszeitung" einen photographischen Apparat hervor und suchte das Bild des Abgeordneten für die schwarze Liste der NSDAP festzuhalten. Im Nu aber war er von Stadtverordneten der linken Parteien umringt. Genosse Seewald entriß ihm kurzerhand die Aktentasche und den Apparat, als er der Aufforderung des Stadtverordnetenvorstehers, sie dem Vorstand auszuhändigen, keine Folge leistete. Dabei entspann sich ein kurzes Handgemenge, in dessen Verlauf der nationalsozialistische Abgeordnete Steffens auf den SA-Mann Hain, der sich an der Tribünenrampe befand, zustürzte und ihm zuraunte: „Wo bleibt ihr denn? Ich habe doch extra antelephoniert." Die SAP stellte sofort den Antrag, dem nationalsozialistischen Berichterstatter die Pressekarte zu entziehen. Als es zur Abstimmung des kommunistischen Dringlichkeitsantrages kam, verneinte das Zentrum im Verein mit der Rechten die Dringlichkeit, sodaß der Antrag erst auf die Tagesordnung der Donnerstagsitzung gelangte.

Die Donnerstagsitzung brachte eine Reihe wichtiger Anträge der SAP-Fraktion.

Genosse Pietsch trat für die Junglehrer ein und forderte die gleiche Bezahlung der Hilfskräfte wie die der dauernd angestellten Lehrkräfte. Es ist im Interesse der Kinder wie der jahrelang erwerbslosen Junglehrer zu begrüßen, daß der Antrag angenommen wurde. Wir hoffen, daß diese jungen, tüchtigen Kräfte den Breslauer Volksschulen erhalten bleiben. Genosse Küchler stellte den Antrag, den Mietern, die auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen die Hauszinssteuer erlassen bekommen haben und nun auf Grund der preußischen Notverordnung vom 8. Juni zur Zahlung von Hauszinssteuer verpflichtet sind, die dadurch entstehenden Mehrausgaben aus Mitteln des Fürsorgeamtes zurückzuerstatten. Er verwies auf die furchtbare Not und die elenden Wohngelegenheiten, die man der Breslauer Arbeiterschaft zumute. Erschütternde Bilder: So hat erst kürzlich eine Arbeiterfrau im Pferdestall entbinden müssen, wo sie seit einem Vierteljahr hausen muß! Genosse Stope verweist in diesem Zusammenhang auf die Folgen der Notverordnung, die gerade die Aermsten der Armen am meisten treffe und ungeheure Härten zur Folge haben werde. Der Antrag der SAP wird angenommen, nachdem selbst der Magistratsvertreter zugibt, daß die neue Notverordnung nur darauf hinausläuft, künftighin aus Wohlfahrtsmitteln staatliche Steuern zu bezahlen. Genosse Köttusch endlich fordert, die bisher in Breslau gezahlten Richtsätze auf keinen Fall zu senken und weiterhin dafür zu sorgen, daß ein Ausgleich aus den Mitteln des Fürsorgeamts geschaffen wird, soweit die Notverordnung vom 14. 6. die Sozialrenten schmälert. Die SAP bezweckte mit diesem Antrag, daß der Magistrat sich wirklich für einen Ausgleich einsetzt. Die KPD, die diesen Antrag unsinnig fand und deshalb einen „konkreten" Antrag stellte, mußte es erleben, daß ihr Antrag abgelehnt wurde. Der Antrag der SAP dagegen wurde angenommen. Ging schon diese Debatte unter großem Lärm der Nazis vor sich, so gerieten diese Herrschaften nun ganz aus dem Häuschen.

Die enthüllenden Aeußerungen des Genossen Kirstein

bei der Behandlung des kommunistischen Antrages gegen den SA-Terror hatten es ihnen angetan. Denn unter dem Beifall der linken Parteien rechnete Genosse Kirstein jetzt ab. Er wartete dabei mit aufsehenerregendem Material auf. So verlas er unter anderem einen umfangreichen Brief von Mitgliedern der SA, der die ganze Unzufriedenheit der enttäuschten nationalsozialistischen Proleten ausdrückte. Faulende Kartoffeln als Futter für die SA, indes ihr Führer Heines mit dem Flugzeug fährt, Aeußerungen eines weiteren Führers dieser Partei, die die tiefe Verachtung ausdrücken, die der Prolet dort genießt. Proletarier, so äußerte einer dieser Helden, sind Menschen, die ohne Verantwortungsgefühl Kinder in die Welt setzen! Also dürften sie nicht Führer sein. Das ist nur einiges, was die SA-Mitglieder zu schreiben wissen. Und was es mit den Propagandareden der NSDAP auf sich hat, das dürfte der ebenfalls von Kirstein herangezogene Fall zur Genüge dartun, wonach die in hiesigen Kreisen zum Verkauf angebotene „nationalsozialistische Streichholzschachtel" (!) keinen anderen als den Juden Salo Löwenstein zum Hersteller hat. Die nationalsozialistischen Stadtverordneten heulten bei diesen Enthüllungen vor Wut laut auf. Aber das Leugnen half ihnen hierbei ebensowenig wie ihr Abstreiten jeder Schuld an den blutigen Breslauer Vorfällen am 22. Juni. Genosse Kirstein stellte hierzu ausdrücklich fest, daß die hiesige SA in Untergruppen, bzw. Terrorgruppen eingeteilt ist, die nicht mit dem Hakenkreuz, sondern mit Sichel und Hammer besteckt als Provokateure auf den Straßen zu wirken haben. Diese Dinge sind durch Mitteilungen über die Vorfälle am 22. hinreichend bewiesen. Bei der Abstimmung über den kommunistischen Dringlichkeitsantrag enthielt sich das Zentrum der Stimme, und auch die Wirtschaftspartei gab den Nationalsozialisten die Visitenkarte ab. Der Antrag wurde jedoch angenommen.

Den Abschluß bildete eine dringliche Anfrage der SAP-Fraktion. Sie betraf die Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung des hiesigen Stadttheaters. Danach ist das Kohlenkonto des Theaters in einem Jahr um nicht weniger als 17 000 Mark überzogen worden, wobei der Magistratsvertreter sogar mitteilt, daß dies nicht etwa die von dem inzwischen getürmten Verwaltungsdirektor Dietz angeblich mitgenommenen 17 000 Mark sind. Weiter hat Herr Dietz sich selbst nicht nur sein eigenes Gehalt, sondern auch die Vorschüsse auf sein Gehalt angewiesen. Eine hinreichende Kontrolle, muß der Magistratsvertreter zugeben, hat überhaupt nicht bestanden. So ist es möglich gewesen, Schecks ohne Gegenzeichnung in unbegrenzter Höhe auszustellen. Und ein Mitglied des Verwaltungsrats aus den Reihen der SPD erklärt sogar, es sei heut noch nicht klar, wer der Verantwortliche ist. Wir dürfen daher gespannt sein, welches Ergebnis die von der Staatsanwaltschaft indes aufgenommene Untersuchung dieses Falles zeitigen wird.

Aber die SAP stellte diese Anträge nur, insofern sie die außerparlamentarische Aktion der Arbeiterschaft unterstützen. Wir sind die letzten, die sich über die Bedeutung der parlamentarischen Arbeit Illusionen machen. Darum gilt es jetzt alle Kraft für die Einheitsfront zu sammeln, unermüdlich und ungeachtet ihrer Sabotage von rechts und links. Die Vorgänge in den beiden letzten Breslauer Stadtverordnetensitzungen sind ein Alarmruf zur Bildung der roten Klassenfront, deren erste Aktionen bereits den faschistischen Terror am 22. Juni erfolgreich brachen.

Heraus zur Gegendemonstration!

Am Sonntag maschieren die Faschisten Schlesiens in Breslau auf.

Am Montag marschiert das rote Breslau!

Der „Provisorische Kampfausschuß hat für Montag 17 Uhr, (Stellplätze, Aufmarschplan werden morgen an dieser Stelle veröffentlicht) zu einer Gegendemonstration aufgerufen. Die Betriebe sind zur Teilnahme eingeladen.

Der Schutzbund und die SAP beteiligen sich geschlossen. Der Abend muß frei gehalten werden.

Schluß und raus mit den großen Beständen um jeden Preis!
Der erste Saison-Schluß-Verkauf
hat Mittwoch, am 29. Juni, begonnen
Petersdorff
Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit GmbH., Gartenstraße 67

Was mag wohl der SA.-Mann Käsebier im Walde so ganz allein seiner Erna zu sagen haben? Wenn Du das wissen willst, mußt Du zur Sonnenwendfeier der proletarischen Kulturgemeinschaft, die morgen, Sonnabend, bei Hoffmann, Pöpelwitzstr., 18 Uhr, stattfindet, kommen.

Die SAZ ist wieder da!

Die Verbotszeit ist vorüber, wir erheben wieder unsere Kampfesstimme. Aus organisatorischen Gründen wird die SAZ. von jetzt ab ganz in Breslau gedruckt. Die Redaktion wird nach Breslau verlegt. Falls bei dieser Umstellung in den nächsten Tagen Unstimmigkeiten (rechtzeitige Belieferung, redaktionelle Schwierigkeiten usw.) eintreten sollten, bitten wir unsere Leser um ein paar Tage Geduld.

Die Angst vor der SAP

Wir haben schon einigemale darauf hingewiesen, daß die hiesige Bezirksleitung der KPD den „Provisorischen Kampfausschuß" dazu benutzt, die trübe Politik der kommunistischen Partei durchzuführen. Diese unsere Annahme wird durch einen verleumderischen Artikel „Die Angst vor den Massen!" in der heutigen „Arbeiterzeitung" bestätigt. Wir werden auf diesen Artikel, der wieder einmal geradezu unglaubliche Lügen enthält, morgen näher eingehen.

Die KPD scheint durch ihre Kampfausschußpolitik den Boden unter den Füßen zu verlieren und muß zu solch üblen Methoden greifen.

Kleine Stadtchronik

Was in den Tagen des Verbotes der SAZ in Breslau wichtiges geschah — in Kürze wiedergegeben.

Ueberfallwagen gegen Straßenbahn. Am Dienstag fuhr ein Ueberfallwagen der Polizei mit voller Wucht gegen einen Triebwagen der Linie 24. Zwei Polizeiwachtmeister wurden erheblich verletzt. Ein Fahrgast wurde leicht verwundet. Zwei Frauen im Straßenbahnwagen erlitten Nervenanfälle.

Blutiger Ehestreit. Am Montag kam es in einem Hause der Siedlung Leipe-Petersdorf zwischen den Eheleuten Z. zu einer schweren Auseinandersetzung. Die Z.s lebten getrennt. Die Ehescheidungsklage war in der Schwebe. Die Frau war in die Wohnung ihres Mannes gekommen, um über die Möbelauslieferung zu verhandeln. Im Verlaufe der Auseinandersetzung wurde die Frau durch zwei Schüsse schwer verletzt. Den Mann fand man mit einem Kopfschuß tot auf.

„Bürger" und „Verbrecher". Ein Doppelleben als angesehener Bürger und als Verbrecher hat in Neustädtel-Lindau seit Jahren der Dentist Helmut Pachur geführt, der seit 1927 in Lindau wohnte, eine gute Praxis hatte und im Vereinswesen eine große Rolle spielte. Er hat, wie jetzt ermittelt worden ist, zusammen mit dem Techniker und Mechanikermeister Otto Lippoldt aus Neustädtel verschiedene Einbrüche in Neustädtel und Lindau im Mai 1930, ferner am Pfingstsonnabend dieses Jahres in die Filiale der Kreissparkasse in Lindau und in der Nacht zum 15. April ds. J. in das Café Engel in Neustädtel ausgeführt, wobei erhebliche Werte erbeutet worden sind. Die Täter, die nach modernster Art mit bestem „Handwerkszeug" zum Geldschrankknacken, Gesichtsmasken, Strickleiter und Revolver arbeiteten, sind gestern von der Neusalzer Polizei festgenommen worden. Pachur ist auch der Brandstiftung verdächtig. Bei seiner Verhaftung leisteten er und sein bei ihm wohnender Bruder mit Revolver und Dolch heftigen Widerstand. Auch der Bruder wurde verhaftet. Lippoldt hat gestanden, die erwähnten Einbrüche mit Pachur zusammen ausgeführt zu haben.

Mittwoch mittag wurde der mit Ausbesserungsarbeiten am Schaufelrad des Dampfers „Wintermärchen II" beschäftigte Angestellte Gustav Nagel aus Breslau durch das in Betrieb gesetzte Schaufelrad am Kopf verletzt. Er stürzte ins Wasser, wurde zwar nach kurzer Zeit geborgen. Wiederbelebungsversuche waren jedoch erfolglos.

m Pferdestall . . .

Fürchterliches Wohnungselend in der Laurentiusstraße — Arbeiterfrau entbindet im Pferdestall — Proleten greifen zur Selbsthilfe

Das Ehepaar Schwarz mit einem 1jährigen und einem Neugeborenen wohnten seit Anfang März dieses Jahres in der Laurentiusstraße 23 im Hinterhofe in einer Remise, die als Pferdestall nur im Sommer benutzt werden kann. Das Tageslicht dringt lediglich durch eine kaputte Holztür in den Raum, wo sonst ein Pferd untergebracht ist. Es sind zwar zwei halbvermauerte Stallfenster da — sie lassen aber kein Licht durch. 10 Mark Miete zahlt die Familie für diese Hölle, die die Barbarei des kapitalistischen Systems kennzeichnet, die in einem Stall — zu schlecht für ein Tier — eine schwangere Frau gebären läßt. Das ist der „Wohlfahrtsstaat".

Als im selben Hause vor einem Monat eine Wohnung frei wurde, verweigerte der Hauswirt, ein Fruchteisfabrikant, der Familie den Umzug, da er doch „Abstand" bekommen müßte. Als am Dienstag die Frau niederkam, und damit den Scheitniger Proleten die fürchterlichen Zustände offenbar wurden, griffen sie durch den Provisorischen Kampfausschuß zu. Monatelang hat sich Schwarz bei der Polizei, bei der Gesundheitspolizei, beim Jugendamt, bei der Wohlfahrt beschwert und nach einer neuen Wohnung verlangt. Von allen diesen Stellen wurde besichtigt und inspiziert — geschehen ist dann aber nie etwas.

Am Mittwoch quartierten die Scheitniger Arbeiter die Familie, die Mutter mit dem Neugeborenen, in eine freie Wohnung auf der Markgrafenstraße, die wenigstens einigermaßen bewohnbar ist. Der neue Hauswirt meckerte zwar, aber Proletenfäuste bewältigten den Umzug. Es gilt den schärfsten Kampf gegen diese Wohnungsbarbarei zu führen.

Sonnenwendfeier

der proletarischen Kulturgemeinschaft. Morgen, Sonnabend, 2. Juli, ab 18 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße 15. Konzert, Kabarett, Sprechchöre. Ansprache: Genosse Eckstein. Eintritt 15 und 20 Pfg.

Grauenvolle Bluttat

Wirtschaftsnot zerrüttet Eheleben

Am 28. Juni wurde die Ehefrau des Schiffers Friedrich Rother, Strehlener Straße, in ihrem Bett mit einer schweren Kopfverletzung bewußtlos aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß R. seinen Verdienst aus den Notstandsarbeiten, bzw. seine Unterstützung stets fast restlos für sich verbrauchte und der Ehefrau mit fünf Kindern im Alter von 9 Monaten bis 5 Jahren fast nichts abgab. Die Folge war, daß es auf Vorhaltungen der Ehefrau hin, besonders in der letzten Zeit, fast regelmäßig zu recht erregten Auseinandersetzungen kam, in denen R., nach Erzählungen seiner Ehefrau zu anderen Personen, seine Ehefrau auch wiederholt bedrohte. Diese Auftritte häuften sich besonders, als Frau R. in den letzten Tagen Schritte zur Ehescheidung und Unterbringung ihres Mannes in einer Trinkerheilanstalt unternahm. Am Dienstagnachmittag unternahm R. wieder eine Reise durch mehrere Gastwirtschaften, wobei er den größten Teil seines Verdienstes aus den letzten Tagen verbrauchte. Unter dem Druck des gegen ihn erhobenen Beweismaterials legte Rother am Mittwochnachmittag in einem mehrstündigen Verhör nach anfänglichem Leugnen ein Geständnis ab. — Nach der Schilderung Rs. kam es am Dienstag abend wegen seiner Trunkenheit wieder zu Meinungsverschiedenheiten. Seine Ehefrau begab sich dann, nachdem sie die Kinder Zu Bett gebracht hatte, zur Ruhe. Auch R. legte sich auf sein im Nebenzimmer stehendes Bett. Als er nach einiger Zeit wieder erwachte und im Zimmer umherlief, soll ihn seine Frau aufgefordert haben, sich ruhig zu verhalten. Rother will dadurch so in Wut geraten sein, daß er ein Handbeil, das in seinem Zimmer lag, ergriff und damit der im Bett liegenden Frau einen Schlag auf den Kopf versetzte. Die Frau war sofort besinnungslos. Durch ihr Stöhnen erwachte ihr neben ihr liegendes 5jähriges Töchterchen. Rother machte nun erst Licht. Als das Kind nun die blutüberströmte Mutter sah, fragte es: „Papa, bis Du es gewesen?" Rother hat dem Kinde gegenüber das verneint und brachte das Kind in ein anderes Bett im Nebenzimmer. Er benachrichtigte nun die Hausbewohner, denen er erzählte, er habe seine Frau soeben im Blute liegend aufgefunden, sie müsse überfallen worden sein. Dann forderte er von einer in der Nähe liegenden Gastwirtschaft aus einen Krankenwagen an. Das Befinden der Frau R., die das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hat, ist sehr ernst.

Achtung Falken und Eltern und Genossen!

Zur Begleitung der Kinderrepublikfahrer treffen sich alle Falken und Eltern Sonnabend früh an den Treffpunkten der Abteilungen.

Alle Genossinnen und Genossen sind um 7.45 Uhr an der Dampferhaltestelle Freiheitsbrücke. Bekundet Eure Verbundenheit mit den roten Falken, indem Ihr zahlreich erscheint.

Turnschuh
m. anvulkanisierter Gummisohle
36/42 1.20 29/35 1.05 22/28 0.90
Damen-Spangenschuh
prima braunes R.-Chevreaux 3.95

Bei Abgabe des Kupons 5 % Rabatt

Nathan, Graupenstr. 2/4

Schlesischer Arbeiter-Sport

Fußballvorschau für Sonnabend, den 2. Juli 1932

Bereits am Sonnabend werden einige Spiele ausgetragen, von denen das wichtigste das Werbespiel zweier Auswahlmannschaften in Brockau ist. Damit wird einem langgehegten Wunsche der sozialistischen Bevölkerung Brockaus Rechnung getragen und nach Jahren dem Arbeitersport aufs neue Gelegenheit gegeben, sich aktiv zu betätigen. Die Aufstellung beider Mannschaften ist derartig gleichmäßig stark, daß ein überaus spannendes Spiel zu erwarten ist. Das Spiel selbst kommt auf dem Gemeindesportplatz in Brockau zum Austrag und beginnt um 6 Uhr. — Ein weiteres interessantes Spiel wird in Deutsch Lissa zwischen Union und Schlesien abgewickelt. Der Spielbeginn ist hier auf 16.45 Uhr gelegt.

Gesellschaftsspiele am 2. Juli (Sonnabend)

18.45 Uhr: Union I—Schlesien I, Dt. Lissa, 88
16.00 Uhr: Sturm IV—1928 III, Maria-Höfchen, 139
17.30 Uhr: FSB a. H.—Südost a. H., Bebelpark, 69
16.00 Uhr: Falke a. H.—West a. H., Neukirch, 87
16.30 Uhr: FSB II. Schül.—Eintracht II. Schül., Bebelpark, Verein

Zum Werbespiel am Sonnabend in Brockau sind folgende Auswahlmannschaften aufgestellt: A-Mannschaft: Jeltsch VfB, Leiche VfB, Hoffmann Südost, Katzner Einheit, Sommer Herta, Bittermann VfB, Rother Sparta, Langner Herta, Gladasch VfL, Langner VfL, Stephan VfB. Ersatz: Knoblich Südost. B-Mannschaft. Tobias Fr. Sportfr., Haag 1921, Hartmann VfR, Stelzer FSB, Lahmert Sparta, Gotsch Fr. Sportfr., Radek VfR, Beckmann Fr. Sportfr., Scharte West, Scholz, Felix 1924, Mondwurf 1924. Ersatz: Hoffmann 1924. Das Spiel beginnt um 18 Uhr in Brockau. Sämtliche Spieler müssen um 17 Uhr im Umkleidelokal im Gasthaus Weinert, Brockau, Gartenstr. 6, sein.

Verhandlungsausschuß. Ladungen für Montag, den 11. Juli, 20.00 Uhr Gen. Ueberschär und Lindner (Pfeil), dazu Vereinsvertr. Pfeil Gnieser West und Schiri Lober Union. Vom Bez., Vorst. Machner und Scholz. — 20.45 Uhr Gen. Poquitte, Spielführer und Vereinsvertr. Pfeil, Spielführer und Vereinsvertr. Wratislawia und Gen. Heinrich Gerstmann FSB. — 21.15 Uhr Gen. Walter Lorke, Rossa und Spielführer vom Spiel am 19. Juni sowie Vereinsvertr. VfR Breslau und Schiri Gerstmann 130. — 21.45 Uhr Schiri Einspruch vom 6. Juni Verein VfR Breslau, mit Unterlagen. — 21.30 Uhr Schiri Einspruch Gen. Scharte VfL. — 21.45 Uhr Jugendleiter von Vorwärts.

ASV Rapid. Sonnabend, 16. Juli, 20 Uhr, Halbjahresversammlung bei Sander, Matthiasstr. 146. Anträge sind schriftlich bis 14. Juli an Gen. H. Ludwig, Matthiasstr. 157, zu richten.

ASV Rotweiß. Sämtliche sportlichen Anschriften sind ab sofort an Gerhard Helm, Posener Str. 73, zu richten.

Fußballnotizen

Bezirkskassierer. Die Vereine Pfeil, Einheit, Wratislawia, VfB und Koberwitz haben ab sofort wegen Nichtbezahlung der Bezirksrechnung Spielverbot bis auf Widerruf.

Bezirksvorstand. Sonnabend, 9. Juli, 19.00 Uhr, Vereinsvorständesitzung im Bezirkslokal.

Jeder Genosse, jede Genossin wirbt einen Abonnenten für unsere SAZ

Arbeitsausschuß. Der Meldeschluß zur zweiten Runde ist am Montag, 4. Juli. — Am Montag, 4. Juli, 22 Uhr, findet eine Sitzung der Fahrtleiter zu den Werbespielen im Bezirkslokal statt.

Technischer Ausschuß. Zu dem Spiel 3.—1. Bezirk am Sonntag, 3. Juli, in Mikultschütz O/S. ist folgende Mannschaft aufgestellt: Kiante Wacker, Bunke Oswitz, Grätz Stern, Flade Südost, Herzog Falke, Hampel Union, Beier Einheit, Karich Stern, Lehnert, Ziska, beide Südost, Lindner Tasmania, Ersatz Rösler Wacker. Die angegebenen Treffpunkte und Zeiten sind genau zu beachten.

Werbesportfest in Cawallen

Der Freie Sportverein Cawallen führt am Sonntag ein Werbesportfest durch, dessen größter Teil von den Fußballern bestritten wird. Bereits am Vormittag werden einige Spiele der unteren Mannschaften abgewickelt. Von 13.00 Uhr an wird ein Festzug nach dem Sportplatz geleitet, wo neben zahlreichen anderen Spielen als Abschluß das Spiel Cawallen gegen Eiche-Nieder Salzbrunn zum Austrag kommt. Eiche ist ein überaus spielstarker Gegner, so daß Cawallen in stärkster Besetzung antreten muß, um günstig abschneiden zu können. Die Vorbereitungen, welche die technische Leitung Cawallens getroffen hat, lasse ein ganz großes Spiel erwarten. Das Endspiel beginnt um 17.30 Uhr.

Kleine Sportnachrichten

Bezirkstag für Handballspiele. Sonnabend, den 2. Juli, 19.30 Uhr, bei Grundmann, Frankfurter Str. (fruher Kipke) Bezirkstag für Handballspiele. Tagesordnung: Bericht, Neue Serie, Anträge, Sonstiges. Jeder Delegierte hat seine Ausweise (Gewerkschaft, Partei, Kirchenaustritt und seine Mandatsbescheinigung mitzubringen.

Freie Turnerschaft Breslau: Die Uebungsstunden im Stadion von jetzt ab 17—19 Uhr. In nächster Zeit findet die sportärztliche Untersuchung statt. Die Interessenten bitten wir, an den Uebungsstunden teilzunehmen. Sonst keine Berücksichtigung.

FTB 7. Männer-Abt. Achtung Waldenburgfahrer! Treffpunkt zur Autofahrt Sonntag früh 4 Uhr, Posener Str. 34.

Arbeiterradler u. Kraftfahrerbund „Solidarität", Ortsgruppe Breslau. Ausfahrten für den 3. Juli:

Abteilung Ohlauer Tor: Rundtour Oels—Ludwigsdorf, Start 6 Uhr am Vereinslokal.

Abteilung Gräbschen: Nach Johannesberg, Start 6 Uhr an der Friedrichstr.

Abteilung Nikolaitor: Nach Auras—Brandschütz, Start 6 Uhr am Striegauer Platz.

Abteilung Stadtmitte: Nachttour nach Zobten, Start am Sonnabend, 21 Uhr, Blücherplatz.

Abteilung Odertor: Nach Peisterwitz bei Ohlau, Start 5 Uhr am Weißenburger Platz.

Abteilung Scheitnig: Ohne Ziel, Start 7 Uhr an der Fürstenschule.

Abteilung Dürrgoy: Nach Auras, Start 6 Uhr am Vereinslokal.

Jugendabteilung: Sonntag Bezirksjugendausfahrt rund um Zobten, Start 6 Uhr am Schlesischen Sender.

Kraftfahrerabteilung: Diesen Sonnabend Nachtwanderfahrt, Start 19 Uhr am Vereinslokal. Strecke wird am Start bekannt gegeben. Sonntag Badetour nach Pleischwitz, Start 13 Uhr Endstation Ofener Straße. Fahrordnung: In Gruppen. Fahrtleiter: Genosse Göbel.

Organisations-Nachrichten

SAP

Bezirk Mittelschlesien; Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3; Telefon 56768.

Wir empfehlen unseren Parteigenossinnen und Genossen den Besuch der Sonnenwendfeier der proletarischen Kulturgemeinschaft am Sonnabend, 2. Juli, ab 18 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstr. 15. Karten zu 15 und 20 Pfennig sind im Parteisekretariat, bei den Zeitungsträgern und an der Abendkasse zu haben.

SJV

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr.

Heim 2, Marthastr. 11: Freitag, 20 Uhr: Gewerkschaften und wir. Ref.: Gen. Willi Kalinke.

Funktionäre des SJV: Freitag, 20 Uhr, findet im Heim Kl. Holzstr. 3 eine Arbeitsgemeinschaft über den Arbeitsdienst statt. Wir sprechen zuerst über „Geschichtliches" und „die ökonomische Bedeutung".

Arbeiter-Kinderfreunde Breslau: Achtung Kinderrepublikfahrer! Alle finden sich pünktlich Sonnabend an den von den Abteilungen festgesetzten Treffpunkten ein. — Alle Abteilungen sind um 7.45 Uhr früh an der Freiheitsbrücke zur Abfahrt mit Sonderdampfer. — Alle Sachen sind gezeichnet mitzunehmen.

Sozialistischer Studenten-Verband: Freitag, 1. Juli, 20 Uhr, im Heim Kl. Holzstr. Arbeitsgemeinschaft über den „Arbeitsdienst". — Thema: „Geschichtliches" und „Oekonomische Bedeutung". Interessierte SJV-Genossen sind eingeladen.

Freidenkerjugend Breslau: Wir gehen heut zur Sonnenwendfahrt an die Oder bei Pleischwitz. Treffpunkt um 20 Uhr am Wappenhof. Decken mitbringen! Gäste willkommen.

Verantwortlich: R. Pfaff, Breslau; für Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung", Breslau. Druck: Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstraße 7.
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Tel. 20602.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.
Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, I Treppe. Tel. 20602.
Alle Zahlungen sind zu leisten: auf das Postscheckkonto 12261 Max Rausch, Breslau 6, oder die Städt. Sparkasse Breslau, Konto Nr. 10292.
Bezugspreis für einen Monat durch die Breslauer Expedition RM. 2.15 einschließlich Bestellgeld. Wöchentlich RM. 0.50 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM. 2.10 und RM. 0.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2.10 und RM. 0.35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2.10 monatlich zuzüglich RM. 1.30 Porto.

Saison-Schluss-Verkauf
MESSOW

Wir sind immer billig! Aber **jetzt** sollen Sie
noch viel billiger
kaufen!

Der Rotstift hat gewütet!
Rücksichtslos sind große Warenmassen
vielfach bis zu 60% heruntergesetzt!

Außerdem bringen wir großartige
Gelegenheits-Posten
zu phantastisch billigen Preisen

Vor allem aber **Raus** mit der ganzen
Konfektion
ganz gleich, was es kostet

Also kommen Sie nach der
Schmiedebrücke
Wir halten Wort!

Paddel bekannte Marken, 6 verschied. Ausführungen 12.—, 11.25, 8.75, 7.50, 5.75 **3.75**
Bootswagen 4 verschiedene Modelle 8.75, 7.50 **6.90**
Aluminium-Kocher kräftige Ausführ. mit 2 Töpfen u. Brenner 8.75, 6.75, 4.50 **3.95**
Spiritus-Sport-Kocher mit regulierbar. Brenner m. flach., abger. Blechk. **4.80**
Boots-Steuer aus Leichtmetall für Paddelboote 5.75, für Faltboote **4.75**
Wasser-Tanks nicht rostend, aus reinem Zink, mit 2 messing-vernick. Verschr., 5 Ltr. 3.75, 3 Ltr. **2.25**
Schwimm-Kork-Gürtel ca. 15 × 6,5 × 3,5 cm groß, auf geklöppelter Schnur, m. Paraffin überzogen 12 teilig 3.— 10 teilig 4.60 8 teilig 2.10 5 teilig **1.55**

Erich Heßner langjährig. Sport-Fachmann von Lindemann & Co., später Leonhard Tietz, zuletzt Geschäftsführer von **Sport-Glauer**
Spezial-Sport-Geschäft **Weidenstraße 2** gegenüber der Breslauer Neueste Nachrichten Fernsprecher 56464
Während der Saison-Schluß-Verkäufe 10 Prozent Rabatt!

Alle sind sich einig...

zum **SAISON-SCHLUSSVERKAUF** nur zu Gutentag

in der Zeit von Mittwoch den 29. Juni bis Sonnabend den 9. Juli

Gewähre ich auf alle offen ausgezeichneten Bekleidungsstücke für **Herren u. Knaben** **20%**

trotz niedrigster Preise und bekannt guter Qualitäten einen Rabatt von

Mein Prinzip, jedes reell zu erfüllen, wird auch hier berücksichtigt!

Außer diesen beträchtlichen Vorteilen bringe ich noch sensationelle Angebote, die unbedingt Ihr Interesse in Anspruch nehmen werden:

1 Posten Sportanzüge	Stück von 12.–
1 Posten Herren-Anzüge moderne Farben und Formen	15.–
1 Posten blaue Herren-Anzüge	20.–
1 Posten Knickerbocker	3.–
1 Posten Kinder-Anzüge bis 8 Jahre	5.–
1 Posten Leibchenhosen	–.75

Auf Wunsch wird der gekaufte Gegenstand bei Anzahlung bis zur Beendigung des Ausverkaufes zurückgelegt.

Durch Selbstfabrikation größte Leistungsfähigkeit!

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit-Bank A.-G. Breiten/Straße 67

Eingang nur Altbüsserstraße 5

S. Guttentag

* Erstes Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung *

Altbüsserstrasse 5 · 1.–3. Etage · Ecke Ohlauer-Strasse

LEINENHAUS **BIELSCHOWSKY**

NIKOLAISTR. 72/76 BRESLAU ECKE HERRENSTR.

Saisonschluß-Verkauf

Nur bis Mittwoch, den 6. Juli

Preise bis zu **50 Prozent herabgesetzt!**

Verlangen Sie sofort kostenlos unsere reich illustrierte Saisonschluß-Preisliste!

Jedem etwas von Bielschowsky

Vom 29. Juni ab:

Das große Aufräumen!

Die gewaltige Spargelegenheit für Alle:

Saison-Schluß-Verkauf

Kommen Sie!

Die Vorteile sind kaum übertrefflich

BARASCH

Bestellungen auf den Klassenkampf um **Subskriptionsanmeldungen** für das überaus wichtige neue Buch von

Fritz Sternberg

„Der Niedergang des Deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse"

können jederzeit in der Redaktion der SAZ, Kl. Holzstr. 3, abgegeben werden. Für den, der den Supskriptionspreis von **4.50** (anstatt **7.50**) ausnützen will, ist der letzte Termin der 15. Juni

---

Unser **Saison-Schluß-Verkauf** ist eine Sensation! Beginn 29. Juni

Hut-Schurz

Die zeitgemäße Einkaufsstätte für Damenhüte

Schmiedebrücke 17/18, Schweidnitzer Straße 38

Abteilung Odertor • Distrikte 16, 17, 20.

Sonntag, den 3. Juli 1932, findet im Garten der Füllertinsel ein

Familien- u. Kinderfest mit Konzert

statt.

Preisschießen • Glücksrad • Kinderbelustigungen und dergl. Unterhaltungen.

Um zahlreiche Beteiligung bittet Das Komitee.

Genossen Beachtet unsere Inserate!

Saison-Schluß-Verkauf

bis 9. Juli bei **Dannemann**

Schuhwaren • Oels i. Schles., Ring 48

Wir leisten Erstaunliches

Jeder Damenhut von 45 Pf. an

Hulda Siedner, Schmiedebrücke 12 u. 15/16

und noch 5 Prozent Rabatt!

---

7 Sonder-Verkaufstage!

vom 29. Juni bis 6. Juli

Auf alle guten regulären Qualitäten

Keine Ausverkaufs-Waren!

10%

Arbeits-Westen, Socken, Unterwäsche besonders billig!

Fabrikreste • Wäsche aller Art • Berufskleidung bedeutend unter Preis!

Leinenhaus Gotthard Völkel

Breslau, Friedrich-Wilhelm-Str. 51 und Albrechtstr. 56, 2. Haus vom Ring

---

Unsere größte Leistung

Saison-Schluß-Verkauf vom 29. Juni bis 9. Juli

Braun echt Chevreaux Spangenschuh mit LXV- od. Trotteur-Absatz, elegant komb., in zahlreichen Mod. **5.85**

Herren-Halbschuh, braun oder schwarz, bewährte Qualität **4.25**

Original Goodyear Welt Herren-Halbschuh, braun oder schwarz, echt Boxcalf **6.45**

Unsere Fenster zeigen viele solcher Schlager.

2.55

Prakt. Lederspangenschuh, sensationell billig. – Derselbe Schuh in braun **2.95**

Damen-Strümpfe, künstliche Seide, **78 Pf.**

Herrensocken 48 Pf.

Tack in Front

Breslau Ohlauer Straße 15, Fernspr. 56160

Reuschestr. 47/48, Fernspr. 27420

Ab heute: Zweite radikale Spirituosen-Preisherabsetzung im Flaschenverkauf

Feiner Breslauer vollmundig durch Verwendg. a. Roggenkorn, 38% Ltr.-Fl. 1.40
Feiner alter Breslauer der altbekannte Qualitätsbrand aus Getreidekorn, 38% Ltr.-Fl. 1.50
Fache Bleimarke wild, unverwüstlich, 38% . . . Ltr.-Fl. 1.70
Fache-Krem rassig, geschmeidig durch Weizenkorn, 32% . . Ltr.-Fl. 1.00
Exquisit, pikant, m. durchdringend. Getreidegeschmack, 38% . . . Ltr.-Fl. 2.30
Jagdkorn, vollaromatisch, rassig, ebenbürtig den führenden Marken des Kontinents, 42% . . . . . Ltr.-Fl. 2.50
Doppelt. Steinhäger, die Marke für Kenner, ganze Orig.-Fl. 0,5, 40% 2.00
Magendoktor, hervorragend bei Magenstörung, ohne deutsche Spitzenfabrikat, ärztl. empfohlen, 50% . . 0,5 Ltr. 1.60
Feiner Deut. Weinbrand-Verschnitt sehr empfehlenswert, Qual., 38% Ltr.-Fl. 1.80
Faches Weinbrand-Verschnitt Edel ganz hervorrag. Qual., 38% Ltr.-Fl. 2.40
Faches Hausmarke, höchst. Weinbr., aromat., blumig sehr mild, 38% Ltr.-Fl. 2.55
Uralter Fache ist ein alt abgelag., rassig, Weinbrand, ohne deutsche Spitzenfabrikat., 38% Ltr.-Fl. 2.00
Jubiläums-Weinbrand, nur mit französ. Spitzenerz. z. vergleich. 40% Ltr.-Fl. 3.25
Jamaika-Rum-Verschnitt ganz hervorragend, 38% Ltr. lose, vom Fab 2.50
Jamaika-Rum-Verschnitt hervorragend, 38% Ltr.-Fl. 2.80, Ltr.-Fl. 1.05
Feinster Jamaika-Rum-Verschnitt eleg., aromat., 40% Ltr.-Fl. 3.00, Ltr.-Fl. 2.25
Feinster alter Jamaika-Rum-Verschnitt, die vollendete Qualität, 48% Ltr.-Fl. 3.40, Ltr.-Fl. 2.55
Feinster alter Batavia-Arrak-Verschnitt, für Kenner, 42% . . Ltr.-Fl. 2.40
Burgunder-Punsch rassig, vollaromatisch, 40% . . . . . Ltr.-Fl. 2.60
Echter Eierweinbrand aus garantiert 1a frischen Hühnereiern, in Qualität unübertrefflich, 32% Ltr.-Fl. 2.75
Fache-Kümmel der feine Likör f. jedermann, 38% Ltr.-Fl. 1.80
Blutorange vollaromatisch, rassig, 38% Ltr.-Fl. 1.80
Kirsch mit Rum in vollendeter Abrundung 38% Ltr.-Fl. 1.95
Fache-Gold der vorzügliche, bekannte Dessertlikör, 38% . . . Ltr.-Fl. 2.20
Cherry Brandy anerkannt hervorragend, 38% Ltr.-Fl. 2.30
Blackberry Brandy (Brombeer), halbflüssig, in seiner Art nicht zu übertreffen, 38% . . . . . Ltr.-Fl. 2.40
Curaçao triple sec hocharomatisch pikant, 40% Ltr.-Fl. 2.40
Kurfürstlicher Magenlikör der vornehme Herrenlikör, 40% Ltr.-Fl. 2.40
Allasch gehaltvoll, nach russ. Art, 40% Ltr.-Fl. 2.40
Fachediktiner ebenbürtig d. echt. Benedikt. ein. dick Höchstl., 42% Ltr.-Fl. 3.30
Prima Monopolsprit 90% Liter 1.60

Spätestens ab 15. August

Fache Weizenkorn, d. berühmte alte Breslauer Korn, „Unser Stolz" 32% . . . . . Ltr.-Fl. 2.20
Abtei, der edle Klosterlikör 33% . . . . . Ltr.-Fl. 2.95

Sie schädigen sich und Ihre Familie, wenn Sie unsere Qualitäten und Preise nicht probieren und vergleichen.
Verkauf in 23 Gaststätten u. 2 Detailgeschäften Ring 3 u. Schweidn. Str. 21/23 (Stadttheater) :: Preise ohne Flasche.

Das Geld liegt auf der Straße

oder bedeutet es etwas anderes, wenn Sie heut nur die Hälfte für einen großen Teil der bekannt guten Fortuna-Schuhe zu bezahlen brauchen? Rest- und Einzelpaare noch billiger auf Extratischen ausgelegt. Die ganz Klugen kommen darum am Mittwoch zeitig zum Saison-Schluß-Verkauf bei Fortuna

Herren-Halbschuhe in schwarz und braun moderne Form wie Abbildung 3.95
Lack-Spangenschuhe f. Damen, elegante Form, wie Abbild. 1.95
Kinderstiefel in schwarz Rindbox, dauerhafte Ausführung Größe 27–30 3.95
Badeschuhe aus Gummi für Damen 65 Pf.
Damen-Spangenschuhe in farbig. Leder 2 T. mit Louis XV oder Trotteur-Abs. 2.95
Spangenschuhe für Kinder in farbig. Leder Größe 27–28 1.95
Spangenschuhe für Kinder weiß Leinen Größe 23–26 1.10
Lack-Spangenschuhe für Damen, eleg. Form, mit Trotteur-Absatz 3.95
Herrenstiefel in schwarz guter Straßenstiefel 5.90
Tennisschuhe mit anwelkend. starker Gummisohle Größe 36–42 1.35
Spangenschuhe für Damen in braun mit Trotteur-Absatz 3.75

Auf Extratischen Restpaare von 95 Pfg. an

Saison-Schluß-Verkauf
Beginn Mittwoch 29. Juni

Die modische Damenschuhe für Damen in verschied. Farben nur 4.95

Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit A. G.

Königsgasse RING 19

Fortuna
das große Schuh-Spezialhaus

Hier können Sie was erleben --

einfach toll, was wir geleistet haben, nun aber ranhalten, immer ranhalten bei solchen Kaufgelegenheiten, die es nur einmal gibt - und nur bei uns im

Saison-Schlussverkauf

bis 9. Juli

L. Prager

Breslau, Albrechtstraße 51, Eingang nur Ecke Schuhbrücke
Gegründet 1860 / Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung

---

PROLETON
Gabitzstraße 20/22 — Höfchenstraße 45

Beginn 1/2 6 und 1/2 9 Uhr
Ab Freitag, den 1. Juli bis Donnerstag, den 7. Juli
Wollen Sie lachen?
Einen vergnügten Abend machen?
dann zu
Magda Schneider und Joh. Riemann
zum entzückenden Tonfilm
Fräulein — falsch verbunden!
und
Neue Ton-Wochenschau
und
Tolle Scherze leistet sich
Der tolle Bomberg.
Jugend verboten!
Erwerbslose W. bis 50 Proz. Ermäßigung
Arbeiter-Sport-Kartell

WALHALLA
Kino am Wachtplatz
Beginn 1/2 5 · 7 · 3/4 9 Uhr
Dorothea Wieck
in
Mädchen in Uniform
Erotik im Mädchenpensionat. Indiskretion aus einer Erziehungsanstalt.
Dazu das reichhaltige
Tonfilm-Beiprogramm

Kleine Anzeigen
sind kompreß gehaltene Anzeigen (Verkäufe Kaufgesuche) nur von Privat. Wort 3 Pfg., fettes Wort 4 Pfg.

Rollfilm-Kamera, mögl. Kleinbild gesucht! Marke, Lichtstärke, Format, äußersten Preis anzugeben unter **A 106** an die Geschäftsstelle d. Ztg

Herrenfahrrad, wenig gebraucht, Mark 30.—, verkauft von 10—3 Uhr **Oder, Klosterstr. 43.**

Stets frisch:
KAFFEE HAG
10% billiger!
Jetzt nur noch RM. 1.40 das große und 78 Pf. das kleine Paket
zu haben bei:
Waldem. Burczyk
9% Kolonialwaren Delikatessen Tabakwaren
Mathiasstraße 135
Ecke Michaelisstraße

Kaba
15% billiger!
Kaba schmeckt wie Schokolade, ist nahrhaft, stopft nicht.
Ein ideales Getränk für Kinder.
Kleines Paket 30 Pfg.
Großes Paket 60 Pfg.
zu haben bei:
Oskar Laqua
Kolonialwaren
Anderssenstr. 31

Die „Roten Bücher" der „Marxistischen Büchergemeinde"

Was brauchen wir:
Bücher
billig u. verständlich

Was wollen wir:
Bücher
zum Verständnis der politischen, wirtschaftlichen u. kulturellen Krise

Was bringen wir:
4 Bücher
im Jahre bekannter Mitarbeiter zu aktuellsten Fragen für monatlich 1 M. Mitgliedsbeitrag

Was die Woche brachte

... in der Aussenpolitik

Die Schnaps-Idee

Kaum war der republikanische Parteikonvent in Chicago zu Ende, der die Wiederaufstellung des gegenwärtigen Präsidenten Hoover als Präsidentschaftskandidat brachte, trat in der gleichen Stadt der demokratische Parteikonvent zusammen, um ebenfalls den Präsidentschaftskandidaten zu erküren. Zwei Rivalen stehen sich bei den Demokraten gegenüber: der Gouverneur Roosevelt des Staates New York und der frühere Gouverneur Al Smith. Zwei „ehrenwerte" Männer, gleich verwickelt in die schlimmsten Korruptionsaffären, aber beide gleich würdig für den Präsidentenstuhl im Weißen Haus, auf dem ja schon so mancher Gauner und politischer Geschäftemacher gesessen hat. Sowohl auf dem republikanischen als auch auf dem demokratischen Konvent spielen Schnaps und Bier eine Hauptrolle. Nicht nur weil beide Alkoholika trotz Prohibitionsgesetz in großen Mengen konsumiert werden, sondern weil sich der „Meinungsstreit" auf beiden Parteitagen in der Hauptsache um die Schnaps-Idee dreht, ob das 18. Amendement der Verfassung, d. h. das Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Schnaps und Bier bestehen bleiben soll oder nicht. Im Grunde genommen ist der wüste Streit, der da ausgefochten wird, nur schlecht gespieltes Theater. So sehr auch die Nassen toben und die Trockenen sich sträuben mögen: einig sind sich die Politiker und Politikanten beider Parteien, wenn nicht offen, so doch insgeheim, daß das Alkohol-Verbot bestehen bleiben muß. Schon deshalb, weil dieses Verbot die reichste Quelle einer ungeheuerlichen Korruption ist, aus der Republikaner und Demokraten gleichermaßen gespeist werden. Das Aufheben des Verbots bedeutete das Verstopfen jener Quelle. Und das kann man weder der republikanischen noch der demokratischen Partei zumuten.

Papen hat zuviel gesagt

Deutschlands Männer haben sich in Lausanne schlecht bewährt. Kaum hatten sie das Parkett der Reparationskonferenz betreten, sind sie ausgerutscht. Von dem „auf den Tisch schlagen" war keine Rede mehr. Im Gegenteil, Herr von Papen erschien als der ewig Lächelnde. Und lächelnd erklärte er auch dem Chefredakteur Lauzanne des Pariser „Matin": „Ich muß Ihnen wiederholen, was ich Herrn Herriot sagte: Ich bin der erste, der anerkennt, daß Frankreich bei der Liquidierung der Reparationen Anspruch auf eine Kompensation hat." Nachträglich hat allerdings der Reichskanzler dieses Interview auf ein Mißverständnis des Interviewers zurückgeführt, aber erst nachdem ihn die deutschen Nationalsozialisten wütend angefallen hatten. Es kommt nun ganz darauf an, ob man dem französischen Journalisten mehr Glauben beimißt — er beharrt auf der Richtigkeit des Interviews und lehnt jedes Mißverständnis ab — oder Herrn von Papen.

War's eine Bombe?

Präsident Hoover der USA hat eine „Bombe" in die Verhandlungen der Genfer Abrüstungskonferenz geworfen, indem er einen Vorschlag unterbreitete, wonach die Herabsetzung der bestehenden Rüstungen um ein Drittel, und die Abschaffung der Tanks, des chemischen Krieges und der gesamten beweglichen schweren Artillerie vorschlug. Die Bombe erwies sich indessen als ein Blindgänger. Nicht nur, weil verschiedene Staaten ziemlich kühl ablehnten, so die Vertreter Frankreichs, Englands und Japans, sondern weil man auch weiß, daß Hoovers Vorschlag nur ein billiges Manöver zur Besserung seiner Wahlchancen in den Vereinigten Staaten selbst ist. Frankreich seinerseits begegnete dem Vorschlag Hoovers mit einem eigenen Vorschlag, der eine Minderung der Rüstungsausgaben um 10 Prozent vorsieht, ein Verbot der Verwendung von chemischen und bakteriologischen Kriegsmitteln, Brandfackeln und Flammenwerfern, Beschränkung der schweren Artillerie und Internationalisierung der Zivilaviatik. Auch dieser Vorschlag hat keine Aussicht. Gegen ihn wenden sich auch die Deutschen, die „Abrüstungsfanatiker", wie sie sind, von einer Internationalisierung der Zivilluftschiffahrt nichts wissen wollen.

*

Anders wie in Deutschland verfährt man in Spanien mit den abgetakelten Monarchen. Nachdem die spanische Republik schon kurz nach dem Sturze Alfons dessen gesamten Grundbesitz konfisziert hatte, wurde jetzt auch sein Privatvermögen, bestehend in Aktien, Bargeld, Schmucksachen usw. beschlagnahmt.

*

Die revolutionären Kämpfe und Massenstreiks in Chile gegen die neue konterrevolutionäre Junta nehmen ständig schärferen Charakter an, je mehr aus den Handlungen der Junta ihr wahrer Charakter ersichtlich wird. Bezeichnend ist die Erklärung des neuen Finanzministers, wonach nicht nur gegen das von nordamerikanischen Kapitalisten kontrollierte Salpetersyndikat nichts unternommen werden soll, sondern daß auch die gesamten Interessen der auswärtigen und chilenischen Kapitalisten Schutz durch die neu zu schaffende Verfassung erfahren sollen.

*

Auf Veranlassung Japans beschlagnahmte die sogenannte unabhängige mandschurische Regierung die Zolleingänge Chinas in verschiedenen chinesischen Hafenstädten. Darüber beginnen die europäischen Mächte und die Vereinigten Staaten beunruhigt zu werden, weil diese Zolleingänge für den Zinsendienst ausländischer Anleihen reserviert sind.

*

Die Zahl der Arbeitslosen in USA übersteigt 11 Millionen. Trotzdem ist, abgesehen von papiernen Beschlüssen des Repräsentantenhauses und hohlen Deklamationen des Weißen Hauses bisher noch nichts getan worden, um dem entsetzlichen Elend unter den Arbeitslosen zu steuern.

... in der Innenpolitik

Beleidigte Reichswehr

Der zur Zeit im Gefängnis sitzende Schriftleiter der „Weltbühne", Karl von Ossietzky, wird am 1. Juli wieder vor Gericht stehen. Diesmal hat er sich wegen Beleidigung der Reichswehr zu verantworten. Im August vorigen Jahres erschien in der „Weltbühne" im Rahmen einer besonderen Friedensnummer ein Artikel von Ignaz Wrobel, in dem der Satz stand: „Soldaten sind Mörder". Dieser nicht gerade überraschend neue Satz, der in ähnlicher Form von großen Friedensfreunden schon oft ausgesprochen wurde, hat die Reichswehr so beleidigt, daß der Reichswehrminister Strafantrag gestellt hat.

Siebenhundert Millionen Steuerausfall

Im neuen Reichsetat sind die Steuereingänge mit 707 Millionen geringer veranschlagt als im Vorjahr. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß allein die Umsatzsteuererhöhung mit einem Plus von 840 Millionen veranschlagt ist, wozu noch der Ertrag der neu eingeführten Salzsteuer mit 40 Millionen für das laufende Etatjahr tritt. Allein an Besitz- und Verkehrssteuern wird mit einem Mindererertrag von 315 Millionen, das sind 6,2 Prozent, gerechnet. Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern werden — trotz vielfacher Zollerhöhungen — ein Minus von fast 400 Millionen, das sind 12,6 Prozent, bringen. Zwangsläufig ergibt sich also, daß trotz aller Bemühungen aus den verbrauchenden Massen nicht mehr herausgepreßt werden kann, daß aber der Besitz weiter von Steuern verschont bleibt.

Beirat für den Arbeitsdienst

Nach halbamtlichen Mitteilungen beabsichtigt die Reichsregierung die Schaffung eines Beirates für den Arbeitsdienst, in dem u. a. der Stahlhelm, die SA, der Volksdienst für Arbeitsdienstpflicht und verschiedene Jugendverbände vertreten sein sollen.

Im Rahmen dieses Beirates dürfte wohl endlich der Oberst Hierl von den Nazis, über dessen Ernennung zum Reichskommissar für Arbeitsdienst verschiedentlich schon gemunkelt wurde, ein angemessenes Tätigkeitsfeld finden. Hierl hat in einem Rundfunkvortrag bereits seine Fähigkeiten zur Schau gebracht. Er hat dort u. a. erklärt:

„Die Arbeitsdienstpflicht solle der Staatsleitung ein Arbeiterheer als staatliches Machtmittel zum Einsatz in den Wirtschaftskampf um Leben und Wiedergewinnung volkswirtschaftlicher Selbständigkeit schaffen. Zu der Dienstpflicht müßten alle jungen deutschen Männer und nicht nur die Arbeitslosen herangezogen werden. Der Arbeitsdienstpflichtige würde Unterkunft, Verpflegung, Kleidung und ein tägliches Taschengeld von 30 bis 50 Pfennigen erhalten. Eine erfolgreiche Lösung der Aufgaben des Arbeitsdienstes erfordere eine einheitliche straffe Führung. Festgefügte Arbeitsverbände seien zu organisieren. Parteipolitische Betätigung vertrage sich nicht mit Sinn und Zweck des Arbeitsdienstes, der daher vor allem mit sportlichem Geist erfüllt sein müsse."

Nazis für hohe Einkommen

Der preußische Landtag ist nun so arbeitsunfähig, wie es eben der Parlamentarismus sein muß, in dem Augenblick, wo die Klassengegensätze zwischen Kapital und Arbeit unvermittelt gegeneinanderstehen. Immerhin reicht auch diese parlamentarische Komödie dazu aus, um die Nazis gelegentlich als das zu entlarven, was sie sind.

Im sächsischen Landtag stimmten die Nazis gegen einen Antrag, der sich gegen die Papen-Notverordnung aussprach. Im preußischen Landtag standen sie fassungslos vor einem Antrag, der die Wegsteuerung aller Einkommen über 12 000 Mark vorsieht. Als ihnen weder die Verweisung des Antrags in die Dunkelkammer des Ausschusses, noch die Erreichung der Beschlußunfähigkeit der Sitzung gelang, enthielten sie sich der Stimme in der weisen Einsicht, daß ihre kapitalistischen Hintermänner in diesem Punkt etwas kitzlich sind.

Der Landtag beschloß mit den Stimmen der Sozialdemokraten, die auf einmal alle Bedenken gegenüber „Agitationsanträgen" verloren haben, die Wegsteuerung der Einkommen über 12 000 Mark, um freilich gleich in derselben Sitzung den eben weggesteuerten Einkommen über 100 000 Mark noch eine Sondersteuer von 2 Prozent aufzuerlegen. Wahrscheinlich sollen die Finanzämter diese Steuer bezahlen.

Urlaubssperre und täglicher Dienst

In einem „Untergruppenbefehl" der SA in Schillingsfürst vom 10. Juni 1932 heißt es u. a.:

„... Ich muß bis zum Einsatz das Aeußerste von Euch verlangen und beim Einsatz vielleicht noch mehr. Der Stein ist im Rollen, wir können nicht mehr zurück. Wir können nur Hammer oder Amboß sein, nur siegen oder unterliegen. Seid Euch der Tragweite des Augenblicks bewußt und folgt mit eiserner Disziplin den Befehlen Eurer Führer.

Vom Tage der Aufhebung des SA-Verbotes an hat die SA jeden Abend und jeden Sonntag Dienst...

Die überaus ernste Lage verlangt, daß jeder SA-Führer von jetzt ab Tag und Nacht bereit ist. Der Urlaub ist für sämtliche SA-Führer bis auf weiteres gesperrt. SA-Männer haben sich von jetzt an regelmäßig an- und abzumelden. Ort ihrer Abwesenheit ist dem zuständigen Sturmführer zu melden..."

Umschau in der Wirtschaft

Neue Millionengeschenke an das Kapital

Soeben erst hat das Kabinett des Trustkapitals in Form des Millionengeschenks an Herrn Flick seinen Auftraggebern auf Kosten der arbeitenden Massen seinen Tribut gezollt — und schon wieder liegt eine ganze Liste neuer Subventionsskandale vor. Die durch Notverordnung verfügte Beseitigung der Ausgleichssteuer auf Treibstoff ist nichts anderes als ein Geschenk von 17 Millionen an das Chemie- und Trustkapital. Diese Steuer war eingeführt als Ausgleich für die ungerechtfertigt hohen Zollsätze, die dem Steinkohlenbergbau und den I. G. Farben einen Sondergewinn von 16 Pfg. pro Liter bringen. Die Ausgleichsteuer belastete den Liter zwar nur mit 2,75 Pfennig, aber auch das war den Leuna-Herren zu viel. Da sie die Macht im Staate haben, schenken sie sich diese Steuer von nun an. Die „Frankfurter Zeitung" stellt fest, daß dieses Steuergeschenk den Staat halb so viel kostet, wie an der Kriegshinterbliebenenrente gespart wird.

Aber das ist noch längst nicht alles. Die A.-G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation Stolberg hat bei dem Reich eine Subvention nachgesucht und erhalten. Die Deutsche Dampfschifffahrtsgesellschaft Hansa, Bremen, verlangt für die durch die Pfundentwertung und den Rückgang des Indiengeschäfts herbeigeführten Verluste gleichfalls eine Entschädigung durch das Reich.

Eine besondere Rolle spielt die Mansfeld-AG. für Bergbau- und Hüttenbetrieb (zu der Stollberg gehört), die trotz Subventionen in Höhe von 8 Millionen mit Verlust abschließt. In der Generalversammlung wurde zum Ausdruck gebracht, daß es fraglich sei, ob und unter welchen Bedingungen die Weiterführung der Betriebe im Rahmen eines privaten Unternehmens möglich sei. Will man hier dem Reich ein bankerottes Unternehmen, das die Privatwirtschaft mit Hilfe von Millionen-Subventionen zugrunde gewirtschaftet hat, aufhalsen?

Der Reichsverband protestiert — aber nimmt!

Etwas eigenartig mutet es an, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie, dessen Mitglieder seit Jahren von Reichsmitteln leben, gerade in dieser Situation eine Entschließung faßt, in der „jede Art von Subventionen wie auch jede Maßnahme, die auf eine Sozialisierung der Verluste hinauslauft, nach wie vor entschieden abgelehnt" wird. Was von dieser Bescheidenheit zu halten ist, ergibt sich aus den übrigen gleichzeitig gefaßten Beschlüssen. Der Reichsverband begrüßt, daß die Papen-Regierung einen grundsätzlichen Trennungsstrich gegenüber allen staatssozialistischen Bestrebungen ziehen will und stimmt den sozialpolitischen Abbaumaßnahmen der Notverordnung zu. Er verlangt weitere Senkung der Produktionskosten, d. h. der Löhne. Besonders auffallend aber ist das offizielle Bekenntnis der deutschen Industrie zum Faschismus. Es ist uns zwar seit langem bekannt, daß der juristische Mitarbeiter des Reichsverbands, Herr Reupke, gern gesehener Gast bei Mussolini ist, aber erst mußte eine Papen-Regierung kommen, bevor die Idee vom Ständestaat offen unterstützt würde. Die Herren lehnen Subventionen aus Furcht vor Sozialisierungstendenzen ab, weil sie den Augenblick gekommen sehen, in dem sie durch „organischen Umbau der Wirtschaft" die unumschränkten Alleinherrscher im faschistischen Staat werden.

Was wird aus den Gemeinden?

Der Deutsche Städtetag hat in seiner Sitzung vom 25. Juni zu der Notverordnung Stellung genommen und festgestellt, daß die in Aussicht genommene Reichshilfe nicht genügt, um die katastrophale Lage der Städte zu bessern. Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sei mit 2,15 Millionen zu niedrig eingesetzt, sie beträgt heute bereits 2,25 Millionen.

Der Städtetag wandte sich energisch gegen den auf der Lausanner Konferenz aufgetauchten Plan des früheren belgischen Ministers Francqui, der zur Entschuldung der Kommunen die Ueberführung der Versorgungsunternehmungen der öffentlichen Hand in eine Holdinggesellschaft vorsieht, deren Aktien zum Teil an ausländische Finanzkonsortien veräußert werden sollen.

Wir meinen, daß die vor dem Zusammenbruch stehenden Gemeinden, die ihre Wohlfahrtsempfänger verhungern lassen, keinerlei Anlaß haben sollten, eine Auslandshilfe von vornherein kategorisch abzulehnen. Voraussetzung müßte natürlich sein, daß das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen durch diese Transaktionen nicht angetastet wird.

Verantwortungslose Kreditwirtschaft

Als Sonderheft zu den Vierteljahrsheften für Konjunkturforschung erscheint ein Heft über den Immobiliarkredit, aus dem hervorgeht, in wie verantwortungsloser Weise mit den Krediten, insbesondere in der Landwirtschaft, gewirtschaftet worden ist. 6,8 Milliarden Mark Kredite (aus den Jahren 1924—28) stehen nur 2,4 Milliarden Sachkapital gegenüber. Der größere Teil, nämlich 4,4 Milliarden, ist zu fremden Zwecken verwandt worden, für gewerbliche Betriebe, die Ausstattung von Söhnen und Töchtern oder zur Finanzierung von Betriebsverlusten. Die rückständigen Zinsen wachsen immer stärker an, im Jahre 1931/32 machen sie 17 Prozent aus, während es 1926 noch 8 Prozent waren. Ebenso ist im städtischen Immobiliarkredit sinnlos gewirtschaftet worden; während die Hausbesitzer durch Zinssenkung entlastet wurden, und der Druck auf die Mieter anhält, rächt sich die Fehlspekulation in Hypotheken, deren Rente in guten Jahren als unabänderlich angesehen wurde. Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß die Krisenfolgen verschärft wirksam werden müssen, weil die Kreditgeber sowie die Kreditnehmer die Erfolgsmöglichkeiten falsch eingeschätzt haben. Mit anderen Worten: **durch die Versuche der künstlichen Besitzerhaltung wird die Krise über das Maß des durch die Weltwirtschaftskrise notwendig Bedingten in Deutschland künstlich verschärft.**

Arbeitsloses Kapital

Die Bankbilanzen für Mai beweisen wieder einmal schlagend, daß die Theorie vom Kapitalmangel, wie sie insbesondere von Hilferding vertreten und während seiner Finanzministerperiode unheilvoll bestätigt wurde, absolut falsch ist. Nicht Kapitalmangel ist die Ursache der Krise, sondern umgekehrt finden infolge der Krise die Kapitalien keine Verwendungsmöglichkeit. Bei den Berliner Großbanken und bei sämtlichen Kreditbanken haben sich die fremden Gelder weiter vermehrt, während die auf Akzept beschafften Kredite zurückgingen. Das gleiche Bild zeigt der Reichsbankausweis vom 23. Juni. Die Goldbestände nahmen in der letzten Woche um 0,9 Millionen, die deckungsfähigen Devisen 2,2 Millionen zu. Auch die Deckung der umlaufenden Noten hat sich erhöht.

Die Front gegen Faschismus wächst

Elementare Einheitsbewegung in ganz Deutschland!

Alle Hindernisse werden überrannt! Kundgebungen stärker besucht als je zuvor! Jetzt nicht locker lassen: Für Einheitsfront gegen Faschismus und Sozialreaktion — für Reichsliste aller Arbeiterparteien — für proletarischen Staat!

Das Eis bricht

In allen Bezirken Deutschlands hat eine elementare Einheitsbewegung eingesetzt. Ueber alle Widerstände hinweg beginnt sich der Einheitswille der Arbeiter durchzusetzen. **Die Aktion der SAP für die Bildung des Kampfblocks der Arbeiterorganisation beginnt die ersten Früchte zu tragen.** Die ersten Kundgebungen, die von allen Arbeiterorganisationen gemeinsam abgehalten werden, wirken, wo sie zustandegekommen sind, wie ein großes Ereignis. Ueberfüllte Säle, nach Jahren wieder begeisterte Massen, eine Bewegung setzt ein, die trotz aller Sabotage der Parteiapparate sich schon heute eine breite Bahn gebrochen hat und nicht mehr zum Stehen kommen wird, bis das Ziel, der Arbeiterblock gegen den Faschismus, erreicht ist.

In den Ansprachen und Reden auf den Kundgebungen wird eine neue Sprache gesprochen! Die Sprache der zum Bewußtsein ihrer geschichtlichen Aufgabe erwachenden Arbeiterklasse. Mit einem Male erscheint möglich, was noch vor Wochen unmöglich schien. Mit einem Male ist es selbstverständlich, daß die Organisationen und Parteien ihre Kräfte gegen den Faschismus konzentrieren, die Meinungsverschiedenheiten kameradschaftlich austragen, die heute noch unüberbrückbaren Differenzen hinter das Einigende zurückstellen. In geduldiger Arbeit, oft nur eines kleinen Häufleins zaher, klassenbewußter Arbeiter ist der Weg vorbereitet worden, jetzt wo die Drohung des Faschismus das ihre dazu tut, wo die Bluthetze der Nationalsozialisten durch die Straßen tobt, beginnt eine große Vorhut der Klasse den Rettungsweg zu gehen, auf dem die Millionen folgen werden.

In so zahlreichen Berichten der Ortsgruppen der Sozialistischen Arbeiterpartei wird uns in bewegten Worten von den ersten Erfolgen nach Monaten der Isolierung unserer zähen Propaganda zwischen den großen Parteiapparaten berichtet, daß wir nur ganz auszugsweise einen bescheidenen Teil der Berichte veröffentlichen können, nur den Eindruck wiedergeben können, der überall dort entstanden ist, wo es uns gelungen ist, zum Zusammengehen der Arbeiterorganisationen entscheidend beizutragen. Wir fordern unsere Genossen aber dringend auf, ausführliche Berichte uns zugehen zu lassen, damit wir in unseren Uebersichten diese elementare Bewegung erfassen können.

Uebereinstimmend sagen die Berichte: Arbeiter, die jahrelang interesselos beiseitestanden, fanden sich wieder ein und marschierten mit auf, wie ein Lauffeuer verbreitet sich in den Orten schon die Nachricht, daß die Parteien endlich zusammengehen wollen, die Straßen sind schwarz von Menschen, die dieses Ereignis feiern. Eine neue Kampfeslust, Siegeszuversicht breitet sich aus, größere Kundgebungen als je zuvor haben bereits solche Arbeiterstädte wie Plauen, Duisburg, Breslau gesehen, in Dutzenden kleineren Orten aufmunternde Massenversammlungen, in den Massenorganisationen die ersten Beschlüsse für das Zusammengehen — es ist erst ein Anfang, aber dieser Anfang leitet die Bewegung ein, die allein imstande ist, dem drohenden Zusammenbruch zu steuern, die eiserne Barriere vor dem Faschismus aufzurichten, aus der heutigen Defensive zu einer neuen Offensive für den Sozialismus überzuleiten.

8000 marschieren in Plauen

Am vergangenen Sonntag veranstalteten die Nazis in Plauen einen sogenannten Flugtag, an dem Hitlers neue Fliegerflotte über der Stadt militärische Geschwaderflüge ausführte. Zwei Flugzeuge wurden von den Gauführern Mutschmanns und des Gausekretärs Fritsch' Gattinnen geweiht. Mutschmanns Frau mag dabei an die schöne „große" Zeit gedacht haben, in der ihr Mann mit französischen Garnschiebungen ungeheure Summen Geld verdiente. Kein Wunder, daß sie jene Zeit wieder zurückersehnt. 7000 Uniformierte der SA und der SS aus ganz Sachsen und einem großen Teil Bayerns (die Uniform brachten sie im Rucksack mit!) marschierten auf. Daß es an diesem Tage und in der vorangegangenen Nacht zu blutigen Zusammenstößen kam, versteht sich von selbst.

Wenige Tage vor der Nazi-Veranstaltung hatten SAP, KPD, einige Gewerkschaften, die RGO, die kommunistischen Nebenorganisationen, der SJV zu einer gemeinsamen antifaschistischen Kundgebung für den Montag, den 27. Juni aufgerufen. SPD und ADGB waren zur Vorbesprechung eingeladen, hatten aber abgelehnt, zu erscheinen.

Trotzdem fanden sich nahezu 5000 Plauener Arbeiter und Arbeiterinnen zur Demonstration ein, viele Tausende Sympathisierende standen in dichten Mauern an den Straßenrändern.

Das Zusammengehen beider politischer Parteien wirkte ungeheuer aufrüttelnd auf die Arbeiter Plauens.

Arbeiter, die jahrelang interesselos beiseite standen, fanden sich wieder ein und marschierten mit auf. Sozialistischer Schutzbund, Kampfbund, Arbeiterwehr und Antifa waren in ihrer Einheitskleidung angetreten, die Transparente gaben die Losungen für den gemeinsamen Kampf aus.

Hatte schon der Aufmarsch der SAP am Sonntag, den 19. Juni, mit 3000, unter denen sich 1500 uniformierte Schutzbündler befanden, ungeheuren Eindruck hinterlassen, so war diese Demonstration die größte, die die Arbeiterschaft Plauens seit Jahren veranstaltet hatte. Auf dem Altmarkt sprachen von der KPD der Genosse Seibmann, Leipzig, und von der SAP der Genosse Ludwig Hacke, Plauen, vor ungefähr 8000 bis 9000 Menschen.

In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde niedergelegt, daß die Arbeiter Plauens in der Einheitsfront den Kampf gegen Faschismus, Lohn- und Unterstützungsraub führen werden. Ein antifaschistisches Aktionskomitee soll gegründet werden. Der gemeinsame Gesang der Internationale beschloß die Kundgebung.

Diese erste Kundgebung der Plauener Arbeiter in der Einheitsfront hat gezeigt, daß die Arbeiter stark sind, wenn sie geschlossen marschieren.

aber vereint werden wir den Faschismus schlagen — war die Losung der Kampfdemonstration. In der Siedlung, in der der erstochene Bischof wohnte, ist eine antifaschistische Einwohnerstaffel entstanden, an der alle Einwohner aller Richtungen sich beetiligen. Ein Mitglied dieser Staffel brachte zum Ausdruck, daß diese Beerdigung keine Trauerfahrt, vielmehr eine Massenwillenskundgebung zur Einigung bedeute.

Bei der Rückkehr, die sich in voller Ruhe und Disziplin vollzog, beschlagnahmte die Polizei, die schon beim Aufmarsch provoziert hatte, eine Schalmeienkapelle. Ohne daß Widerstand einsetzte, auf bloße unwillige Unmutsäußerungen schoß ein Beamter kurzerhand in die Menge. Zwei schwer und zwei leicht verletzte Arbeiter blieben am Platz. Nur der Besonnenheit der Demonstranten ist zu verdanken, daß es zu keinem größeren Blutvergießen kam.

Da der Polizeibericht trotz hunderter Gegenzeugen behauptet, es sei aus der Menge geschossen worden und die ganze bürgerliche Presse ihn kommentarlos nachdruckt, ist die Erregung unter der Arbeiterschaft ungeheuer gewachsen.

Wir sind leider genötigt, noch zu berichten, daß der Redner der SAP bei der Kundgebung durch Machenschaften der KPD-Führung am Sprechen verhindert wurde. L.

Demonstration der 15000 in Duisburg

Polizei schießt auf Arbeiter, die ihren erstochenen Kameraden beerdigen

Am hellen Tage, mitten in der Stadt, wurde der Arbeiter Josef Bischof, der keiner Partei angehörte, nach der Aufhebung des SA.-Verbots ermordet. Auf diese ungeheuerliche Provokation entstand eine solche Bewegung unter den Duisburger Arbeitern, daß die proletarischen Organisationen sich zusammenfanden, die Instanzen der SPD und KPD konnten nicht länger widerstehen, nach mehrjähriger Pause wurde zu einer gemeinsamen Demonstration aufgerufen! Antifa, Reichsbanner und Schutzbund stellten die Ehrenwache am Sarge des Arbeiters Bischof, der im Klubhaus der Roten Sportler im Dörnerhof aufgebahrt war. Unaufhörlich pilgerten die Massen zum Sarge des Toten. Eine starke Beteiligung für das Begräbnis war zu erwarten. Jedoch die Zahl der Teilnahmer übertraf alle Erwartungen. Unaufhörlich strömten aus allen Stadtteilen die Massen auf den Sammelplatz. Alle proletarischen Organisationen waren vertreten, die Anarchisten, die KPD und ihre Nebenorganisationen, die roten Sportler, die SAP, die Eiserne Front, die SPD und das Reichsbanner, auch ein Trupp der Arbeiter- und Bauernpartei (Vitus Heller) mit ihrer Fahne, dem schwarzen Kreuz auf rotem Tuch. Als der Zug sich endlich in Bewegung setzte, war es eine Demonstration von 15 000! Zehntausende umsäumten aber noch den 1½stündigen Marschweg. Am Grabe sprachen Gen. der KPD und der Eisernen Front.

Ein Massengelöbnis zum antifaschistischen Kampf, das in einem Massenflugblatt verbreitet wurde, kam zur Annahme. Wir müssen als Parteien noch getrennt marschieren, schreit, nun haben wir das große Werk getan. Wir haben uns die Hände gereicht, wir haben die Schranken niedergerissen. Der Bruderkampf ist begraben. . . Hoch tragen wir das Banner der Einheit, die nunmehr über alle Parteien geschlagen wird. Unter den gemeinsamen Forderungen **stehen die Unterschriften der KPD, SPD, SAP, ADGB Wesel, RGO, Reichsbanner, Schutzbund, Kampfbund, KJ, SJV, SAJ, Freidenker, Volksfürsorge, Rotsport, Arbeitersportkartell und Liga für Mutterschutz.**

In Dessau machtvoll vorbereitet

Am Freitag, den 24. Juni, marschierten 3000 Arbeiter auf dem Dessauer Marktplatz auf. Unter brausendem Beifall sprachen Genosse Jordan-Thale (SAP) und Wuste (KPD). Die Arbeiter fordern stürmisch die Einheitsfront aller Richtungen. Der gemeinsame Gesang der Internationale schwoll an zu einem Treugelöbnis, nicht zu ruhen und zu rasten, bis auch die SPD-Arbeiter in der Einheitsfront stehen. Ein machtvoller Demonstrationszug von annähernd 1300 Teilnehmern schloß sich an.

Die Kundgebung war geleitet vom Einheitskomitee, das aus KPD, SAP, Sportlern und Betriebsvertretern besteht. Die SPD, deren Führung immer noch alle trennenden Fragen in den Vordergrund stellt, fehlte diesmal noch. Aber es wurde bereits erreicht, daß nach Verhandlungen zwischen SAP und SPD neue Verhandlungen der SPD mit der KPD auf der Basis des Vorschlages des ADGB stattfinden. Die KPD hat sich dazu bereit erklärt.

Gemeinsamer Aufruf von SPD, KPD und SAP in Wesel

Nachdem im Ortsausschuß des ADGB ein Antrag unseres Genossen Schmitt einstimmig angenommen worden war, der den Vorstand beauftragte, die Vorstände aller proletarischen Organisationen einzuladen und über die Bildung der Einheitsfront zu beraten, kam es zu einer von 100 Funktionären besuchten Vorständekonferenz, in der die Genossen Bender und Wollenschläger mit der Leitung beauftragt wurden. Kleine Meinungsverschiedenheiten wurden nach einer feurigen Ansprache des Genossen Schmitt beseitigt, ein Aktionsausschuß von 14 Genossen aller Organisationen gewählt. Ein gemeinsamer Aufruf wurde veröffentlicht, eine gemeinsame Arbeiterwehr, deren Listen ausliegen, gegründet. Am 1. Juli findet unter freiem Himmel eine gemeinsame Protestversammlung statt. Der Einheitsausschuß bereitet auch Anträge für die Unterstützungsempfänger vor. In dem Aufruf „Flammen über Deutschland" heißt es: „Tatenlos, geschwächt durch Bruderkampf, stand das Proletariat bisher ohnmächtig dem Treiben des Faschismus gegenüber. Erst als der Bruder neben uns fiel, dann noch einer, und nun eine Legion Ermordeter, feiger aus dem Hinterhalt niedergeschossener Brüder nach Rache

Arbeiterblock in Osnabrück

Eine Versammlung von 700 Erwerbslosen und Betriebsarbeitern in der Stadthalle am 24. Juni beschloß einstimmig: „Die heute versammelten Anhänger aller Parteien und Organisationen der Osnabrücker Arbeiterschaft fordern die sofortige Herstellung der Einheitsfront aller Arbeiter Osnabrücks auf breitester Grundlage. Die Anwesenden erwarten von allen proletarischen Parteien, daß sie für die Folge keine persönlichen und entehrenden Angriffe gegeneinander erheben."

Der Kampf ist gemeinsam zu führen gegen faschistischen Terror, gegen Lohn- und Sozialabbau, gegen Notverordnungen, gegen die Kriegsgefahr.

Erster Schritt zur Abwehr in Bochum-Linden

Auf die Initiative der SAP folgten SPD und KPD dem Rufe zu einer ersten gemeinsamen öffentlichen Versammlung am 24. Juni. Der sichtbare Ausdruck dieses längst notwendigen Schrittes war ein Erlebnis. Was seit zehn Jahren von keiner Gruppe mehr erreicht wurde, heute wurde es Wirklichkeit. Aus allen Windrichtungen kommend, zeigten große Trupps kampfgestimmter Arbeitermassen allen den Weg zum Versammlungslokal Linden, wo um 7.50 Uhr bereits die Polizei wegen Ueberfüllung des Saales den weiteren Zustrom der Arbeiter abriegeln mußte. Der Genosse Malicho eröffnete mit Worten größter Begeisterung die 750 Teilnehmer zählende Tagung. Dann sprach Genosse Lohrs. Nach ihm gab Genosse Baukenkradt (SPD) die Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Arbeit aus. Genosse Beckereit (KPD) sprach dann und beantragte die Wahl eines Aktions-Ausschusses. Je fünf Mitglieder aller Parteien traten ein. Eine Resolution, die das sofortige Verbot der SA und SS fordert, wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß Gesang der Internationale.

Roter Kampfblock gegen braune Messerhelden in Buer-Hassel

Die Einheitsfront ist in wochenlanger geduldiger Arbeit aufgebaut. Ein Ereignis, wie es die Arbeiterschaft seit 1930 nicht wieder erlebt hat, als vergangenen Donnerstag SAP, KPD und christliche Arbeiter- und Bauernpartei vor der Oeffentlichkeit die Einheitsfront praktisch demonstrierten. Noch nie sind in Buer solche Massen von Arbeitern auf die Beine gebracht worden, wie an diesem Tage. Der große Saal des Zechengasthauses war bis auf den letzten Sitz- und Stehplatz überfüllt. Tausend Proletarier folgten den Ausführungen des Referenten von der christlichen Arbeiter- und Bauernpartei. Eine Entschließung, in der gegen die Verbote der proletarischen Organisationen Stellung genommen, die Bildung des Selbstschutzes fand einstimmig Annahme. Zum Schluß erhebt sich alles spontan wie ein Mann, singt die Internationale mit dem Gelöbnis, vorwärts zur sozialen Revolution.

Die SPD war offiziell nicht beteiligt, aber durch zahlreiche Bergarbeiter vertreten. Genosse Kipnich (SAP) leitete die Versammlung.

800 in Strehlen

Ein provisorischer Kampfausschuß von KPD und SAP brachte eine Versammlung von 800 Proletariern zusammen, deren Mehrheit sich zur Bildung des Massenselbstschutzes einsetzte. Auch die SPD-Arbeiter trugen sich ein. Es herrschte große Begeisterung. Der SPD-Vorsitzende wie auch der Beauftragte des ADGB-Kartells teilten in der Aussprache mit, daß sie zur Mitarbeit bereit seien und in den nächsten Tagen Delegierte zur Erweiterung des Kampfausschusses ernennen werden, was inzwischen geschehen ist.

. . . und in Erkenschwick

Still, zäh und unermüdlich hat die kleine Ortsgruppe der SAP gearbeitet. Jetzt ist der Erfolg da. Ein Aufruf zu einer gemeinsamen Versammlung erging vom Ausschuß der Wohlfahrtserwerbslosen an alle proletarischen Organisationen. Längst vor Beginn war der Saal überfüllt und wurde polizeilich abgesperrt. 800—900 Personen, draußen vor der verschlossenen Tür weitere Hunderte, die das Ende der Versammlung abwarteten. Ein Kommunist, ein SAP-Genosse, Vertreter der SPD, des Reichsbanners, der Sportvereine, der Mieterschutzorganisationen sprachen. Es zeigte sich ein Kampfwille und eine Entschlossenheit, die die Voraussetzung für das Gelingen einer großen Sache sind. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß sie mit allen Mitteln für die Verwirklichung der gefaßten gemeinsamen Beschlüsse eintreten wollen, falls es den Organisationen einfiele, entgegen den Vereinbarungen zu handeln. Die abgehärmten und erbitterten Gesichter der anwesenden Proleten waren gespannt. Feuer leuchtete in ihren Augen. Kein Wort fiel ungehört in dem Saal. Interesse und unbeschreibliche Lebendigkeit machten sich in Zwischenrufen bemerkbar. Als der Referent zum Schluß den Vers der Internationale: „Es rettet uns kein höh'res Wesen" zitierte, enstand spontane Bewegung im Saal, alles erhob sich von den Sitzen, aus tausend Arbeiterkehlen erscholl entschlossen und kampfbereit die Internationale. Ein Kampfausschuß wurde gewählt, in den auch nachträglich die SPD einen Vertreter entsandte, eine Resolution einstimmig angenommen, die außer den anderen Forderungen

einen Reichskongreß der Einheitsfront

fordert, eine gemeinsame Demonstration aller Parteien und des ADGB. „Wir Erkenschwicker Arbeiter werden mit allen Mitteln dafür kämpfen, daß im Reichsmaßstabe so gehandelt wird, wie bei uns, und die Einheitsfrontbewegung bei uns immer weiter ausgebaut wird.

Jugendausschüsse in Leipzig, Eisenach und Stuttgart

In Leipzig und in Eisenach bildeten sich antifaschistische Kampfkartelle der Jugend. In Leipzig sind vertreten KPD, SAP und KPO, die Reichsbannerführer lehnen noch ab. Eine Versammlung war für den 29. 6. im Gösenschlößchen, Eutritzscher Markt einberufen. In einer Einheitsfrontkundgebung des KJV Eisenach sprach Günther-Erfurt und vom SJV. Genosse Neubauer. Er erklärte die grundsätzliche Bereitschaft des SJV zur Zusammenarbeit. Ein provisorischer Ausschuß — SJV, KJV, Naturfreunde, Freiwilliger Arbeitsdiens, Jugendliche Betriebsarbeiter — wurde gebildet. Es ist zu hoffen, daß die Mitglieder der SAJ ihrer Führung recht bald begreiflich machen, daß sie den Willen der Jugend, zur Klassenfront zu kommen, nicht sabotieren dürfen.

In Stuttgart wurde ebenfalls ein proletarisches Jugendkartell gebildet.